

HESSEN



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK

2009

des Landes Hessen

- Pressepapier -

herausgegeben vom Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden
in Zusammenarbeit mit dem
Hessischen Ministerium des Innern und für Sport
am 18. Januar 2010

Aufklärungsquote auf dem Höchststand von 57,8 %

Weitere Abnahme der Straftaten um 0,1 %

Allgemeine Entwicklung

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2009 weist drei zentrale Entwicklungen auf:

1. Neuer Rekord bei der **Aufklärungsquote**. Mit **57,8 %** wurde der bisher höchste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971 erreicht.
2. **Stabilität** der registrierten **Gesamtkriminalität** in Hessen mit einer Abnahme **um 0,1 %** (= - 335 Fälle) auf 407.022 Fälle.
3. Die **Häufigkeitszahl** (Zahl der registrierten Delikte auf 100.000 Einwohner) ist auf den Wert **6.711** leicht um den Wert 3 angestiegen, womit bereits zum dritten Mal der Wert von 7.000 unterschritten wurde. Der geringfügige Anstieg ist bedingt durch den Rückgang der Bevölkerung um 7.602 Einwohner.

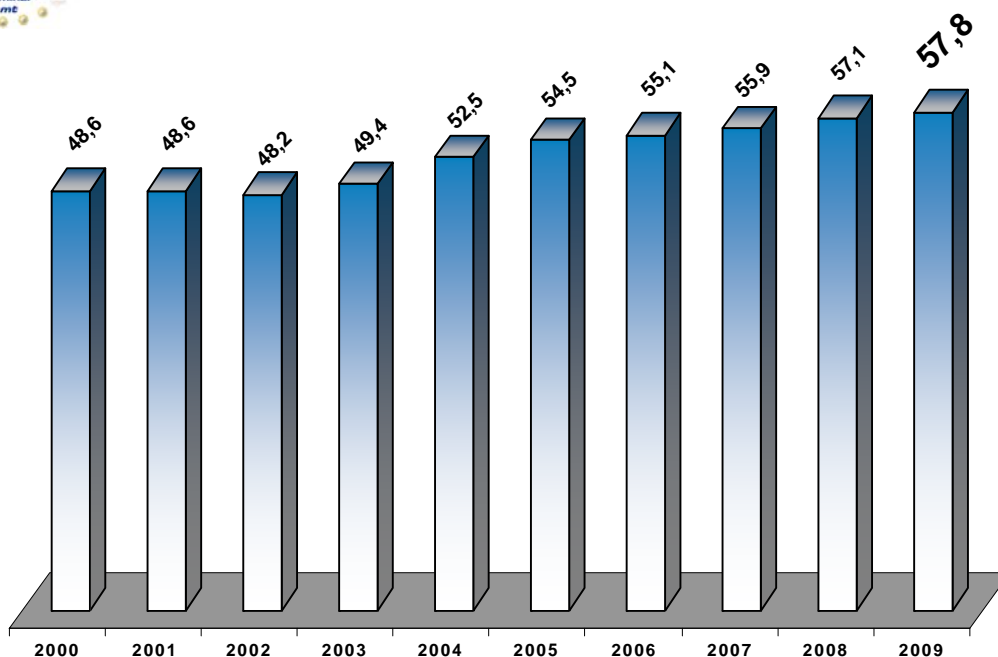
Die **Aufklärungsquote** (AQ) hat im Vergleich zum Jahr 2008 um 0,7 %-Punkte zugenommen und beträgt **57,8 %**. Damit ist im siebten Jahr in Folge eine Steigerung zu verzeichnen. Seit 2000 stieg die Aufklärungsquote von 48,6 % um 9,2 %-Punkte. Dazu beigetragen haben unter anderem professionelle polizeiliche Arbeit, gezielte Bekämpfungsstrategien und erfolgreiche Präventionskonzepte der Polizei sowie eine verstärkte Polizeipräsenz auf der Straße.

So können durch verbesserte Spurensicherung und -auswertung sowie DNA-Auswertungen Tatzusammenhänge und Serien erkannt werden. Das betrifft nicht nur spektakuläre Kapitaldelikte, sondern auch Delikte der Massenkriminalität wie z.B. Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen oder Wohnungseinbrüche.

Grafik 1: Aufklärungsquoten im Langzeitvergleich



Aufklärungsquoten Gesamtkriminalität in Hessen 2000 bis 2009



Angaben in %

Die **Kriminalitätsentwicklung** in Hessen weist für das Jahr 2009 eine leichte Abnahme auf. Die registrierten Straftaten nahmen um 0,1 % (= - 335 Fälle) auf 407.022 Fälle ab.

Rückgänge haben sich insbesondere in folgenden Deliktsbereichen ergeben:

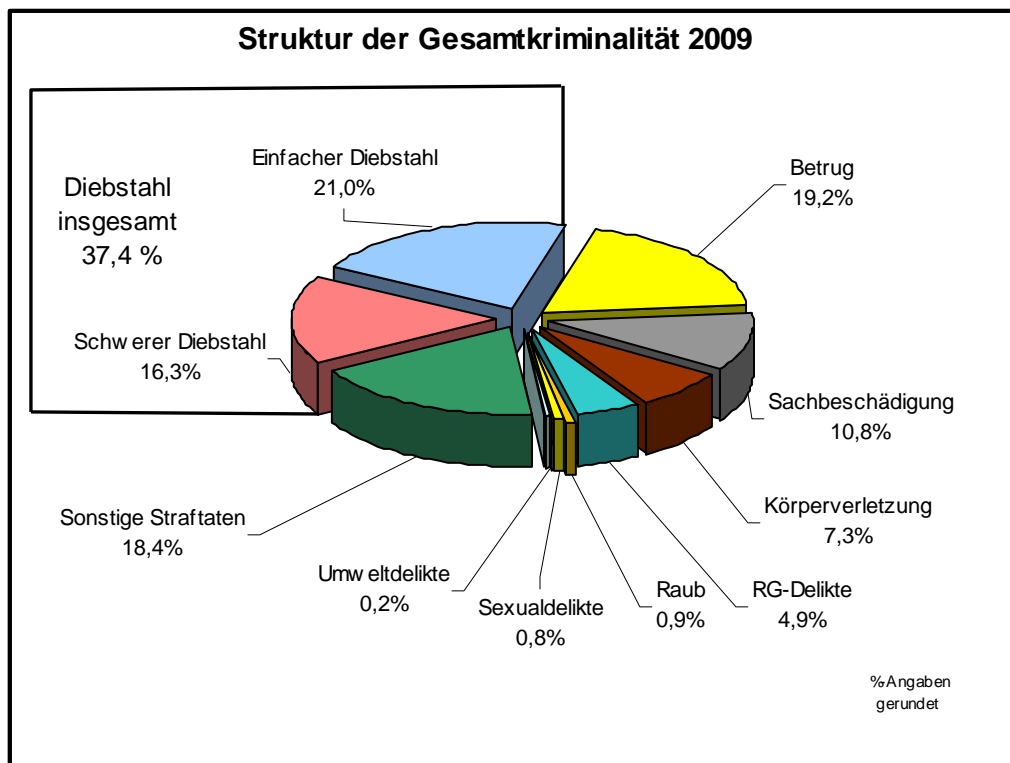
- schwerer Diebstahl um 3,5 %, entsprechend 2.376 Fälle
- Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen um 7,0 %, entsprechend 1.451 Fälle
- Diebstahl von Kraftwagen um 3,2 %, entsprechend 58 Fälle
- Straßenkriminalität um 5,3 %, entsprechend 4.677 Fälle
- Gewaltkriminalität um 0,6 %, entsprechend 93 Fälle
- Sachbeschädigungen um 1,5 %, entsprechend 675 Fälle
- Verbreitung pornografischer Schriften um 40,3 %, entsprechend 498 Fälle
- Urkundenfälschungen um 6,7 %, entsprechend 318 Fälle

Zunahmen haben sich u.a. bei folgenden Delikten ergeben:

- Wohnungseinbruchdiebstahl um 17,2 %, entsprechend 1.260 Fälle
- Raub, räuberische Erpressung um 4,1 %, entsprechend 150 Fälle
- Erschleichen von Leistungen um 8,4 %, entsprechend 1.762 Fälle
- Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel (z.B. EC- und Kreditkarten) um 10,1 %, entsprechend 829 Fälle
- Rauschgiftdelikte um 17,8 %, entsprechend 3.023 Fälle

Die Struktur der Gesamtkriminalität stellt sich für das Jahr 2009 wie folgt dar:

Grafik 2: Struktur der Gesamtkriminalität



Auffallend ist der Anteil von Diebstahlsdelikten an der Gesamtkriminalität von lediglich 37,4 %. Im langfristigen Trend ist dieser Anteil abnehmend. Im Vorjahr betrug er noch 38,7 %, vor 20 Jahren sogar 63,8 %.

Deliktische Entwicklung

Diebstahl

Diebstahlsdelikte insgesamt haben um 5.657 (- 3,6 %) auf 152.081 Fälle abgenommen. Dabei sanken die Zahlen des **Diebstahls ohne erschwerende Umstände** („einfacher“ Diebstahl) auf 85.649 Fälle ab (- 3,7 %). **Diebstahl unter erschwerenden Umständen** („schwerer“ oder Einbruchsdiebstahl) ist ebenfalls weiterhin rückläufig und hat auf 66.432 Fälle (- 3,5 %) abgenommen. Diese Rückgänge sind u.a. auf verbesserte Sicherungseinrichtungen und die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen zurückzuführen wie die Aktion „Vorsicht wachsender Nachbar“ oder die Inanspruchnahme von Beratungen im Bereich der Sicherungstechnik.

Zu dieser Entwicklung haben insbesondere die Delikte Ladendiebstahl, Taschendiebstahl, Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen und Diebstahl von/aus Automaten beigetragen.

Beim **Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen** betrug der Rückgang 1.451 Fälle auf 19.246 Fälle (- 7,0 %). Langfristig gesehen liegt die Fallzahl weit unter denen der Jahre 1986 bis 1996 mit dem Höchstwert von 103.552 Fällen im Jahr 1987. Seit 1992 ist eine rückläufige Entwicklung feststellbar.

Bedingt durch zahlreiche Täterfestnahmen im Rhein-Main-Gebiet haben die Fallzahlen beim Diebstahl in/aus Pkw mit der speziellen Zielrichtung auf Erlangung von **Navigationsgeräten** 2009 mit 5.207 Fällen (Vorjahr: 5.714 Fälle, 2007: 7.399 Fälle) rückläufige Tendenzen. Demgegenüber haben in den letzten Jahren Fälle der Entwendung von Airbags, Rädern/Reifen sowie sonstigen Fahrzeugteilen zugenommen. Dabei sind im Verlauf des Jahres 2009 Autohäuser als bevorzugte Tatobjekte verzeichnet worden. Zielrichtung der Täter/-gruppierungen ist neben den Navigationsgeräten nunmehr verstärkt die Erlangung von Airbags, Räder/Reifen sowie Außenspiegeln/-gläsern. Das zielgerichtete Aufsuchen der vorgenannten Tatobjekte war bis dato nur aus ostdeutschen Städten, insbesondere aus den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bekannt.

Der **Diebstahl von Kraftwagen** ist im vergangenen Jahr um 58 Fälle auf 1.728 zurückgegangen (- 3,2 %). Nachdem sich die Fallzahlen bereits seit dem Jahr 2000 unterhalb von 6.000 Fällen jährlich bewegten, stellt die aktuelle Entwicklung einen neuen Tiefststand dar, der seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971 noch nicht erzielt wurde. Im Jahr 1993 wurden noch 12.860 Fälle registriert. Auch diese Entwicklung zeigt den Erfolg polizeilicher Präventionsarbeit und der Umsetzung von Bekämpfungskonzepten wie verbesserten Sicherungseinrichtungen an Kraftfahrzeugen. Speziell Wegfahrsperren der neuen Generation, deren Einsatz durch die Bedingungen der Versicherungsunternehmen gefördert wird, finden weiterhin ihren Niederschlag in den Fallzahlen. Auch der hohe Versuchsanteil von 24,5 % (Vorjahr 21,8 %) an allen Fällen bestätigt diese Entwicklung.

Ladendiebstahl hat um 1.651 auf 26.253 Fälle abgenommen (- 5,9 %). Die seit 1997 rückläufige Entwicklung setzt sich damit fort.

Diebstahl in/aus Wohnungen (einfache und schwere Fälle) hat um 16,6 % (+ 1.672 Fälle) auf 11.758 Fälle zugenommen. Trotzdem ist damit der vierbeste Wert seit 1980 erreicht worden. Diese Zunahme beruht hauptsächlich auf den in diesen Zahlen enthaltenen **Wohnungseinbruchsdiebstahl** (WED) mit einem Anstieg um 1.260 auf 8.573 Fälle.

Im Jahr 1998 bewegten sich die Fallzahlen im Bereich des WED mit damals 15.679 Straftaten auf hohem Niveau. Grundsätzlich war in der Langzeitbetrachtung ein Trend stetig sinkender Fallzahlen zu beobachten, der mit Ausnahme des Jahres 2004 linear bis ins Jahr 2008 anhielt. In der Gesamtbetrachtung zeichnet sich für Hessen nunmehr eine Stagnation der Fallzahlrückgänge ab.

Diese Stagnation ist regional bedingt, insbesondere auch durch auf ein geändertes Täterverhalten, so zum Beispiel feststellbar am Verbleib von südamerikanischen Täter/-gruppierungen im Bereich des Polizeipräsidium Frankfurt/ Main, die in den vergangenen Jahren nach Ablauf der Wintermonate in ihre Herkunftsländer zurückgereist waren und nunmehr - belegt durch entsprechende Täterfestnahmen - auch im Verlauf der Sommermonate in Hessen Aktivitäten entfalteten. Sie erweiterten darüber hinaus ihre Zielgebiete auf benachbarte Polizeipräsidien (z.B. Polizeipräsidien Mittel- und Südhessen) sowie auf andere Bundesländer bis in den Rhein-Neckar-Raum.

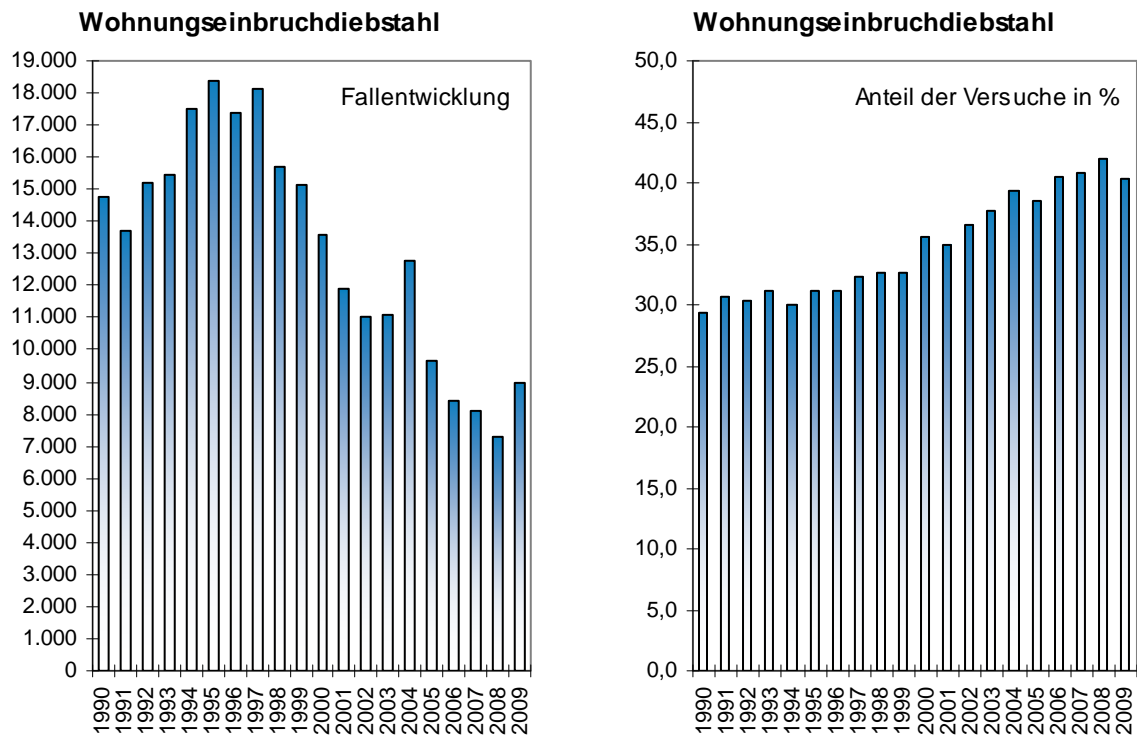
Andererseits verursachen auch andere Täter/-gruppierungen wie koordiniert eingesetzte Kinderbanden im Deliktsfeld des **Tageswohnungseinbruchs** (TWE / Wohnungseinbrüche in der Zeit von 6 Uhr bis 21 Uhr) regelmäßig hohe Fallzahlen. So werden im Zusammenhang mit dem TWE (+ 607 Fälle auf 3.064) weiterhin Kinder/ Jugendliche als Bandenmitglieder festgenommen bzw. ermittelt.

Ab Juni 2009 verdichteten sich im Bereich des PP Frankfurt/ Main Hinweise auf verstärkte Aktivitäten dieser Banden. Ermittlungen haben gezeigt, dass ein Großteil der polizeibekanntesten Kinder mittlerweile durch ihre Auftraggeber (Familienverbände) offensichtlich ausgetauscht wurde. Auch überregional, entlang der „Rheinschiene“, wurden gleichgelagerte Fallsteigerungen festgestellt. Beide Tätergruppierungen (Südamerikaner und auch die Kinderbanden) treten gleichermaßen bundesweit (NRW/BW usw.) auf. Als Wohnungseinbrecher wurden im Jahr 2009 darüber hinaus ortsansässige Täter/-gruppierungen (auch Mehrfach- und Intensivtäter) ermittelt. Die präsidiumsübergreifend agierenden Einbrecherbanden, speziell die vorgenannten Straftäter, sind zwischenzeitlich für das Phänomen des WED in Hessen prägend, da sie seit vielen Jahren überwiegend saisonal auftreten.

Zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls werden in den Polizeipräsidien fortlaufend Bekämpfungskonzepte aufgelegt, die u.a. auch mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei umgesetzt werden. Beim PP Frankfurt ist die AG Domus eingerichtet, die insbesondere über operative Maßnahmen zur Bekämpfung ansetzt.

Der Anteil der Fälle des WED, in denen die Tathandlungen im Versuchsstadium abgebrochen wurden, betrug im Jahr 2009 39,6 % (= 3.391 Fälle) und bewegt sich nach Anteilen über 40 % in den Jahren 2006 bis 2008 immer noch auf sehr hohem Niveau. 1999 und in davorliegenden Jahren lagen die Versuchsanteile bei höchstens 32,7 %. Diese Entwicklung ist das Ergebnis besonderer Präventionsprogramme (u.a. Aktion „Wachsamer Nachbar“) sowie insbesondere der kostenlosen, produktneutralen und kompetenten Beratung in Polizeiläden und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Hause, aber auch den erfolgreichen Bekämpfungskonzepten der Polizei zuzuschreiben.

Grafik 3: Fallentwicklung und Entwicklung der Versuchsanteile bei Wohnungseinbruchdiebstahl



Straftaten gegen das Leben

Die **Straftaten gegen das Leben** haben in 2009 um 20 (+6,5 %) auf 326 Fälle zugenommen. Hiervon haben sich im Bereich Totschlag und Tötung auf Verlangen mit insgesamt 182 Straftaten (+ 13), davon 154 Versuchshandlungen, sowie im Bereich der fahrlässigen Tötung mit 74 Fällen (+ 11 Fälle) Fallsteigerungen ergeben. Morddelikte sind mit 66 Fällen fast gleich geblieben (- 1). Bei Würdigung der Einzelstraftaten waren keine Tatserien erkennbar. Überwiegend bestanden zwischen Täter und Opfer entsprechende Vorbeziehungen. Die Aufklärungsquote in diesen Bereichen mit bis zu 92,6 % ist dabei auf dem hohen Niveau der Vorjahre geblieben.

Raubdelikte

Der Deliktsbereich **Raub und räuberische Erpressung** hat gegenüber dem Vorjahr um 150 Fälle auf 3.846 zugenommen (+ 4,1 %). Langfristig ist dieser Deliktsbereich jedoch rückläufig. In den Jahren 1991 bis 2004 wurden Fallzahlen mehr als 4.000 mit dem Höchstwert 5.257 im Jahr 1995 registriert.

In der Gesamtbetrachtung dieses Deliktsfeldes sind für 2009 signifikante Fallzahlsteigerungen bei Raubüberfällen auf Geldinstitute und Poststellen (+ 23 Fälle/+ 50,0 %), bei Raubüberfällen auf sonstige Zahlstellen und Geschäfte/Spielhallen/Tankstellen (+ 159 Fälle/+ 62,6 %), Raubüberfällen auf Kraftfahrer (+ 9 Fälle/+ 36,0 %) und Raubüberfälle in Wohnungen (+ 47 Fälle/+ 36,4 %) feststellbar.

Das Mehraufkommen im Bereich **Raubüberfälle auf Geldinstitute und Poststellen** ist vorrangig auf eine Tatserie im Rhein-Main-Gebiet, hier mit Schwerpunkt beim PP Frankfurt/Main

und PP Westhessen, zurückzuführen. Hier sind noch im ersten Halbjahr 2009 im Rahmen eines Ermittlungskomplexes des HLKA die Festnahmen der Tatverdächtigen erfolgt. Erfreulich ist die Aufklärungsquote von 81,2 % (+ 13,8 %-Punkte gegenüber dem Vorjahr).

Andererseits zeigt die Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Raubstraftaten zum Nachteil **sonstiger Zahlstellen und Geschäfte** eine Zunahme. Im Verlaufe des Jahres sind hierzu zahlreiche Tatserien mit weitestgehend regionalen Bezügen durch unterschiedliche Tätergruppierungen verübt worden. Zwischenzeitlich erfolgten in vielen Fällen die Festnahmen der Täter. In diesem Zusammenhang sind auch bereits (hohe) Haftstrafen verhängt worden. Die Steigerungsraten im Bereich „**auf Tankstellen**“ (+ 20 Fälle/+ 29,0 %) und „**auf Spielhallen**“ (+ 59 Fälle/+ 168,6 %) lassen sich auf Kleinserien zurückführen, die jedoch nicht nur innerhessisch stattfinden, sondern auch überregionale Bezüge in andere Bundesländer haben. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich sowohl um überörtlich tätige Täter/-gruppierungen als auch gleichermaßen häufig um örtlich ansässige Täter, die in Banden mit bis zu zwölf Mitgliedern in wechselnder Besetzung agieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Präferenzen für Spielhallen/Tankstellen mit der grundsätzlich guten infrastrukturellen Anbindung der Tatobjekte, einer oftmals nur suboptimalen Sicherungstechnik und auch den täterseits vermuteten lukrativen Bargeldbeständen korrespondieren.

Im Hinblick auf den Bereich der **Raubüberfälle auf Wohnungen** ist keine Tatserie erkennbar. In diesem Zusammenhang kann von einer grundsätzlichen Zunahme der Gewaltbereitschaft gesprochen werden, speziell bei Begehung von Trickdiebstählen. Diese Straftaten beginnen dem Tatplan nach als Trickdiebstahl und enden als Raubdelikt (Legende „falscher Polizeibeamter/ falscher Handwerker“). Darüber hinaus existieren acht Raubüberfälle, bei denen davon auszugehen ist, dass durch die Täter ursprünglich ein WED beabsichtigt war. Die Auswertung von Sachverhaltsschilderungen ergab auch, dass es in Teilbereichen familiäre/ freundschaftliche Vorbeziehungen zwischen Täter und Opfer gab bzw. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (Erwerb, bzw. An- und Verkauf von Betäubungsmitteln in Wohnungen) zu Grunde lagen. Dies spiegelt sich in der Aufklärungsquote von 80,7 % wider.

Bemerkenswerte Rückgänge ergeben sich beim **Handtaschenraub** auf 328 Fälle (- 63 Fälle/- 16,1 %). Damit hat sich der langfristige Rückgang weiter fortgesetzt.

Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Bei den **Körperverletzungen** hat sich der langfristig steigende Trend fortgesetzt und wieder ein geringer Anstieg um 79 Fälle (+ 0,3 %) auf 29.748 Fälle ergeben.

Nach öffentlichkeitswirksamen Vorfällen in den Deliktsbereichen Körperverletzung und Sachbeschädigung in Frankfurt im Bereich der U-Bahnen bzw. des ÖPNV, wurden hinsichtlich repressiver und präventiver Aspekte die Regelmäßigkeit von Besprechungen der Fachdienststellen und die Teilnahme an Sitzungen örtlicher Arbeitskreise des **Präventionsrates** der Stadt Frankfurt am Main (z.B. Regionalrat Nieder-Eschbach / Am Bügel) intensiviert.

Daneben fand eine kontinuierliche Durchführung von **Bürgersprechstunden** in den jeweiligen Revieren statt. Im „**Arbeitskreis Sicherheit**“ zwischen der Stadt Frankfurt, Stadtpolizei Frankfurt, Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF), Präventionsrat und Polizei wurden weitere **Präventivmaßnahmen** (z.B. intensive Streifentätigkeit) abgestimmt.

Die VGF unterstützte durch Beratung und Anregungen bei der Errichtung von Videoüberwachungsanlagen, insbesondere im Bereich gefährdeter U-Bahn-/ Straßenbahnstationen. Die Bestreifung von jugenddelinquenzauffälligen Örtlichkeiten und **Sonderaktionen „Brennpunkt“** unter Beteiligung der Bereitschaftspolizei wurden intensiviert.

Ursache für den Anstieg der Körperverletzungen der vergangenen Jahre ist die seit Jahren zu beobachtende niedrigere Hemmschwelle zu Gewalt in Konfliktfällen sowie eine höhere Anzeigebereitschaft. Hinzu kommt der von Amts wegen erhöhte Verfolgungsdruck im Bereich der Häuslichen Gewalt. Im vergangenen Jahr wurden 7.541 (Vorjahr 7.271 = + 3,7 %) Fälle **Häuslicher Gewalt** registriert und sind damit wieder das Niveau des Jahres 2007 angestiegen.

77,8 % der Fälle Häuslicher Gewalt betreffen Körperverletzungen.

Betrachtet man retrograd die Fälle häuslicher Gewalt in den letzten Jahren, hat die Anzeigebereitschaft der Betroffenen deutlich zugenommen.

Ein Grund für das Fallaufkommen auf hohem Niveau ist auch das entschiedene Vorgehen der Polizei sowie das daraus resultierende Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei.

Ferner haben die Präventionsmaßnahmen der Polizei und anderer tangierter Einrichtungen positiv dazu beigetragen, dass kein weiteres Ansteigen der Fallzahlen erfolgt. Ziel ist es, die Maßnahmen fortzusetzen bzw. zu intensivieren, damit langfristig ein höherer Rückgang der Fallzahlen häuslicher Gewalt erzielt werden kann.

Seit **Einführung** dieses Deliktsbereiches im Jahr **2002** wurden in Hessen insgesamt ca. **53.300 Fälle Häuslicher Gewalt** registriert.

Die Fallzahlen für das Delikt **Nachstellung gemäß § 238 StGB** („Stalking“) haben 2009 um 112 auf 1.994 Fälle abgenommen (- 5,3 %).

Dieser Rückgang kann mit verschiedenen Faktoren begründet werden:

- Intensive polizeiliche Präventions- und Repressionsmaßnahmen.
- Abschreckung potentieller Täter durch die Thematisierung des Deliktes in der Öffentlichkeit als schwerwiegende Straftat, die kein „Kavaliersdelikt“ darstellt.
- Anzeigen anderer Straftatbestände, die im Zusammenhang mit Nachstellung stehen, z.B. Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass im Jahr 2008 die meisten Nachstellungsfälle gemäß § 238 StGB nach § 172 Abs. 2 StPO eingestellt wurden. Dabei wurden überwiegend die Tatbestandsmerkmale „Beharrlichkeit“ und „schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensgestaltung“ bei Tatausführung durch die Staatsanwaltschaften verneint. Eine Bewertung für 2009 ist nicht möglich, die entsprechenden Statistiken der Justiz liegen noch nicht vor.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Vermögens- und Fälschungsdelikte haben um 2.290 (+ 2,5 %) auf 93.204 zugenommen. Damit hat sich die Abnahme des Vorjahres nicht fortgesetzt.

Der Schwerpunkt der Entwicklung dieser Deliktsgruppe ist im Bereich des **Betruges** zu finden, der insgesamt um 4,9 % (+ 3.632 Fälle) auf 78.290 Fälle zugenommen hat.

Maßgeblich für die Fallentwicklung der Betrugsdelikte ist die Zunahme beim Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel, beim Erschleichen von Leistungen und bei sonstigen Betrugsarten wie Leistungsbetrug, Computerbetrug, Betrug mittels Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten, Kontoeröffnungsbetrug und Überweisungsbetrug.

Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel (u.a. EC- und Kreditkarten) hat um 829 Fälle (+ 10,1 %) auf 9.040 Fälle zugenommen. Hierfür sind die Zunahmen beim

Betrug mittels so genannter Debitkarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) um 218 Fälle und beim Betrug mittels Daten von Zahlungskarten um 960 Fälle ursächlich. Betrug mittels Debitkarten mit PIN hat dagegen um 286 Fälle abgenommen. Damit setzt sich der rückläufige Trend seit 2004 mit damals noch 3.436 Fällen fort.

Erhebliche Zunahmen ergeben sich bei **Erschleichen von Leistungen** überwiegend in Form von Beförderungserschleichung (+ 1.762 Fälle = + 8,4 %). Die Fallentwicklung bei Leistungsererschleichungen ist vom Kontroll- und Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe abhängig. Hier macht sich auch insbesondere die Änderung des Anzeigeverhaltens der Deutschen Bahn AG deutlich bemerkbar.

Im Bereich des **Kontoeröffnungs-/Überweisungsbetruges** ist eine deutliche Fallsteigerung auf insgesamt 2.382 Fälle ersichtlich (+773 Fälle). Das entspricht einer Steigerungsrate von + 48,0 %. Der Schwerpunkt der angezeigten Straftaten liegt im Rhein-Main-Gebiet. Der Fallanstieg beim PP Frankfurt/ Main erklärt sich wesentlich durch einen Ermittlungskomplex gegen überwiegend bulgarische Tatverdächtige mit zwischenzeitlich mehr als 600 geklärten Fällen. Relativ mittellose Personen werden in ihren Herkunftsländern bzw. in Deutschland durch die Haupttäter gezielt als Kontoeröffner angeworben. Unter Vorlage falscher Legitimationen weisen diese sich sodann bei Kreditinstituten aus. Nach insofern unproblematischer Kontoeröffnung (Scheinadressen pp.) und der Übersendung der Debitkarte/PIN an den Antragsteller werden unter Ausnutzung des Lastschriftverfahrens umfangreiche betrügerische Wareneinkäufe/ Tatserien getätigt. Der Zeitverzug bis zur Anzeigenerstattung (Feststellung der Unterdeckung/ Einleitung eines Mahnverfahrens durch die Banken usw.) führt dazu, dass die betrügerischen Kontoeröffner unbehelligt in die Herkunftsländer zurückkehren können, während andere Personen die Debitkarten betrügerisch einsetzen. Durch die hessischen Dienststellen sind die notwendigen Kontaktaufnahmen zu Vorständen der Kreditinstitute/ Bankenverbände erfolgt, letztmalig durch Initiative des PP Südosthessen. In diesem Zusammenhang wurde als probates Mittel zur Eindämmung des Missbrauchs von Debitkarten auf die grundsätzlich unerlässlichen Bonitätsprüfungen bei den Antragstellern hingewiesen. So wurde beispielsweise auch angeregt, eine Einzahlung auf das eröffnete Konto abzuwarten, bevor die Debitkarte an den Neukunden übersandt wird bzw. bereits im Vorfeld die Personalien des Neukunden sorgsam zu prüfen.

Fälle des **Waren- und Warenkreditbetruges** waren 2009 deutlich rückläufig. Hier wurde eine Minus von 1.179 Fällen auf 18.078 (- 6,1 %) registriert. Insbesondere die Fallzahlen von Tankbetrug und Warenbetrug haben diese Entwicklung begünstigt.

Wirtschaftskriminalität

Wirtschaftskriminalität hat im vergangenen Jahr um 1.258 auf 2.118 Fälle (- 37,3 %) abgenommen. Groß- und Sammelverfahren sowie das Auftreten von Serien sind häufig Grund für lange Bearbeitungszeiträume bei der Wirtschaftskriminalität. Bedingt durch die Medienberichterstattung wechselt auch die Anzeigebereitschaft der Geschädigten, die einen Schaden oft erst nach Jahren realisieren. So wurden in den letzten 10 Jahren Fallzahlen zwischen 1.754 und 7.691 Fällen registriert.

Wirtschaftskriminalität ist kein quantitatives, sondern ein qualitatives Problem. Wenige Tatverdächtige schädigen viele Opfer und verursachen hohe Vermögensschäden. Hinter einem Ermittlungsverfahren kann sich eine Vielzahl von Opfern verbergen.

Fälle der Wirtschaftskriminalität haben an der Gesamtkriminalität einen Anteil von 0,5 % (2.118 Fälle von insgesamt 407.022 Delikten). Der Anteil an den Schäden beträgt dagegen 26,7 % (ca. 102 Millionen Euro Schaden durch Fälle der Wirtschaftskriminalität bei einem Gesamtschaden von ca. 381 Millionen Euro).

Auf Seiten der Justiz hat man zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Frankfurt eingerichtet. Aber auch die Polizei hat für eine personelle Verstärkung der Kommissariate für Wirtschaftskriminalität gesorgt. Zudem wurden bereits Spezialisten dort integriert und für 2010 ist die Einstellung von zusätzlichen Buch- und Wirtschaftsprüfern geplant.

Internetkriminalität

Auch wenn Straftatbestände in der PKS nahezu statisch hinterlegt bleiben, verändern sich die phänomenologischen Erscheinungsformen der Computer- und Internetkriminalität von Jahr zu Jahr und stellen heute und auch zukünftig die Ermittlungsbehörden vor immer neue technische, taktische und rechtliche Herausforderungen.

Im Jahr 2009 nahm die registrierte Internetkriminalität von 16.179 Fällen im Vorjahr auf 16.863 zu. Der Anteil an der registrierten Gesamtkriminalität hat sich mit 4 % auf dem Vorjahresniveau eingependelt. Die Aufklärungsquote liegt mit 68,7 % über dem allgemeinen Durchschnitt, weist aber eine deutliche Schwankungsbreite in den Einzeldelikten auf.

Hinter den Fällen des **Ausspähens von Daten** stehen nahezu ausnahmslos zwei Phänomene. Hier ist zuerst das **rechtswidrige Erlangen von Zahlungskartendaten** zu nennen, welches umgangssprachlich als **Skimming** bezeichnet wird. Zweitens gehört hierzu das unter der Bezeichnung **Phishing** bekannte Phänomen des rechtswidrigen Erlangens von Zugangsdaten zum Online-Banking und anderen Online-Diensten, zumeist durch die Benutzung von Computern, die mit Schadprogrammen (sog. Trojanische Pferde) infiziert sind. Die Aufklärungsquote liegt bei nur 17,0 %. Während es sich hier um Erlangungstaten handelt, spiegelt der **Betrug mit Daten von Zahlungskarten** (Aufklärungsquote 24,3 %) eine mögliche Form der Verwertung wider. Vermehrt wurden im Jahr 2009 ausgespähte Kreditkartendaten im Internet zum Download von Software oder zur Bezahlung von Online-Spielen eingesetzt. Da der unautorisierte Datentransfer vom ausgespähten Rechner verschleiert und meist ins Ausland erfolgt, sind die Ermittlungsansätze in Richtung Täter eher bescheiden, was zur geringen Aufklärungsquote führt. Im Falle des Dateneinsatzes zum Zwecke der Bezahlung scheidet die Identifizierung der Täter häufig daran, dass der Online-Händler keine Netzadresse (IP-Adresse) protokolliert.

Hinsichtlich der Fallentwicklung bei Skimming im Jahr 2009 ist nach derzeitigen Erkenntnissen die Anzahl der Attacken ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres geblieben, die Anzahl der angegriffenen Geldautomaten hat leicht zugenommen.

Die Delikte **Verbreiten pornografischer Schriften**, **Betrug mit Daten von Zahlungskarten** und das **Ausspähen von Daten** werden zwischenzeitlich ganz überwiegend über das Tatmittel Internet verübt. Im Hinblick auf das Fallaufkommen fällt auf, dass im Deliktsschlüssel **Verbreiten pornografischer Schriften** ein merklicher Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Ausprägung ist im Verhältnis zu dem relativ hohen Fallaufkommen der letzten beiden Jahre zu sehen, das durch mehr als 1.000 hessische Ermittlungsverfahren der Sonderaktion "OP Himmel" bedingt war. Verbreiten pornografischer Schriften verzeichnet eine hohe Aufklärungsquote von 87,3 %. Ermittlungen in Datennetzen liefern aufgrund der Vorermittlungen häufig bereits Identifizierungsmerkmale von Kommunikationspartnern, die schließlich zum Täter führen.

Nach der derzeitigen Erkenntnislage ist ein Teil der im Internet aktiven Rechner mit Schadsoftware infiziert, die in der Lage ist, sämtliche Online-Zugangsdaten zu protokollieren und diese den Tätern automatisiert in die Hände zu spielen. Durch gezielt arbeitsteiliges Vorgehen werden die Daten anschließend gewinnbringend an Interessenten verkauft. Ein späterer

Zusammenhang zwischen Erlangungs- und Verwertungstat kann in der Regel weder durch den Geschädigten noch durch die Ermittlungsbehörden nachgewiesen werden.

Die gesamte Dimension bereits erlangter Daten kann nur geschätzt werden. Einhalt kann nur durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit, eine zunehmende Spezialisierung der Strafverfolgungsbehörden, eine intensivere Zusammenarbeit mit Netzbetreibern und Internet Service Providern sowie Sicherheitsmaßnahmen der Anwender geboten werden.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Herausforderung erarbeitet die "Task Force Internet" im HLKA ein Recherchekonzept zum Thema "Datenklau im Internet" unter Berücksichtigung aller bisher vorliegenden Erkenntnisse aus dem universitären, privatwirtschaftlichen und behördlichen Umfeld mit dem Ziel einer abschließenden und umfassenden Lagedarstellung und Bewertung.

Die Fachkommissariate zur Bekämpfung der Internetkriminalität widmen sich ebenfalls gemeinsam mit Spezialisten (Informatikern) vornehmlich der qualifizierten "Cybercrime" und unterstützen andere Organisationseinheiten bei der Bekämpfung der Massenkriminalität unter Verwendung von Informationstechnologie. Die vielfältigen Aufgaben reichen dabei von der Analyse von Hackingangriffen über die Auswertung sichergestellter Server beim sog. Abo-Fallen-Betrug bis hin zur Mitarbeiterschulung. Ziel ist es, die Qualität auf dem Sektor der Computer- und Internetkriminalität durch die Schaffung standardisierter Ermittlungs- und Analysemethoden weiter zu verbessern.

Im Jahr 2009 wurde die **Präventionsarbeit** im Bereich der **Interkriminalität** weiter intensiviert. In Form von Vorträgen, aktiver Öffentlichkeitsarbeit in den Medien und im Rahmen der Beantwortung von Bürgeranfragen wurden die Nutzer des Internets erreicht und sensibilisiert. Für viele Nutzer gilt das Internet immer noch als transparentes Medium ohne große Gefahren. Vor allem im Umgang mit ihren persönlichen Daten verhalten sich die Nutzer häufig sehr unvorsichtig und gutgläubig. Das Problembewusstsein für den Umgang mit persönlichen Daten im Internet und deren Verbreitung muss geschärft werden. Hier gilt es, die Kompetenz der Nutzer durch Aufklärung und Sensibilisierung zu erhöhen. Ebenso ist die Sicherung der Hardware ein Baustein der polizeilichen Prävention.

Ein Schwerpunkt in der polizeilichen Prävention ist die Aufklärung hinsichtlich aktueller Märschen im Bereich der Internetkriminalität wie Betrügereien mit Wohnungsangeboten im Internet, Anwerben von Finanzagenten im Internet, Gewinnbenachrichtigungen, Spoof-Mails (Mails mit kriminellem Hintergrund, z.B. Phishing), Hoax-Mails (Scherz-Mails zur Weiterverbreitung), Abofallen oder Warenbetrug beim Online-Einkauf.

Eine intensive Zusammenarbeit mit den Medien zwecks **Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger** steht dabei im Vordergrund. Die Themenbereiche Mobbing und Stalking unter Nutzung des Internet, Verhalten und Gefahren in sozialen Netzwerken nehmen einen weiteren Teil der Präventionsbemühungen ein. Der gesamten Dimension kann auch durch Sicherheitsmaßnahmen der Anwender (z.B. durch Einsatz eines Virenschutzprogramms, Verwendung sicherer Kennwörter und verschlüsselte Übertragung von sensiblen Daten über das Internet) gegenüber getreten werden.

Sonstige Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB)

Fälle des **Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte** bewegen sich in Hessen seit 2004 auf einem konstanten Niveau. 2009 wurden 1.476 Fälle registriert. Das sind 69 Fälle oder 4,5 % weniger als 2008. Der höchste Wert wurde 2004 mit 1.610 Fällen registriert.

Der Bundesvergleich von 2004 bis 2008 weist dort eine durchgehend ansteigende Entwicklung auf.

Unabhängig der Fallentwicklung ist in den letzten Jahren ist eine deutliche Senkung der Hemmschwelle zur Anwendung körperlicher Gewalt beobachtet worden. Trotz dieser Entwicklung hat Hessen diesbezüglich bereits mit Maßnahmen in der Ausstattung und der Ausbildung reagiert. Außerdem wurde an der Polizeiakademie Hessen (HPA) die Koordinierungsstelle Dezentrale Integrierte Fortbildung (KOST-DIF) damit beauftragt, Verfahrensvorschläge zu entwickeln, um zukünftig valide Zahlen und Fallinformationen, getrennt nach Polizeivollzugsdienst, Freiwilliger Polizeidienst, Wachpolizei und sonstige Polizeibeschäftigte, zu erhalten und zu bewerten. Seit März 2009 werden durch alle Organisationseinheiten einschlägige Vorgänge der KOST-DIF zur Erfassung und Auswertung zugeleitet, um u.a. Entwicklungen im Phänomenbereich zu erkennen, die polizeiliche Ausstattung zu optimieren und die Möglichkeiten im Bereich der Aus- und Fortbildung zu verbessern.

Die sonstigen Straftaten gegen das Strafgesetzbuch insgesamt haben geringfügig um 1,2 % auf 72.154 Fälle zugenommen. Dabei haben sowohl **Beleidigungen** um 659 Fälle auf 8.748 zugenommen (+ 8,1 %) als auch der **Hausfriedensbruch** um 569 Fälle auf 4.198 (+ 15,7 %). Ein Großteil dieser Zunahme ist im Zuständigkeitsbereich von Bahnanlagen und somit im Rahmen der Bearbeitung durch die Bundespolizei angefallen.

Während sich die Fallzahlen im Bereich der **Sachbeschädigung** allgemein um 675 auf 43.899 Fälle rückläufig entwickelt haben, ist ein nennenswerter Negativtrend im Bereich der **Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Graffiti** festzustellen, der auf 6.946 angestiegen ist, vorwiegend im Zuständigkeitsbereich des PP Frankfurt. Auch hier ist ein nicht unerheblicher Anteil auf die Aktivitäten der Bundespolizei zurückzuführen.

Rauschgiftkriminalität

Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) stiegen deutlich um 3.023 (+ 17,8 %) auf 20.042 Fälle an. Die Zunahme betrifft hauptsächlich den Bereich der allgemeinen Verstöße (+ 2.673 Fälle auf 15.781 = + 20,4 %), während die des Handels und Schmuggels mit einer Zunahme um lediglich 28 Fälle auf 2.776 fast konstant blieben. Daneben steigen die BtM-Delikte im Zusammenhang mit Handlungen in nicht geringer Menge (+295 Fälle). Ursächlich für den Anstieg im vergangenen Jahr dürfte in erheblichem Umfang ein erhöhter Kontroll- und Fahndungsdruck sein.

Der Schwerpunkt dieses Deliktsbereiches liegt im Zuständigkeitsbereich des PP Frankfurt. Hier wurden 7.816 Fälle registriert, was einer Zunahme um 2.102 Fällen entspricht (+ 36,8 %). Auch hier ist hauptsächlich der Bereich der allgemeinen Verstöße betroffen. Aber auch bei den PP Nordhessen, (+ 15,5 %), Westhessen (+ 10,2 %), Südosthessen (+7,8 %) und Mittelhessen (+7,6 %) sind deutliche Zunahmen festzustellen.

Die Zahl der **Drogentoten** hat sich im Jahr 2009 um 12 Fälle auf 106 (Stand 14.01.2010) verringert. Der Höchstwert lag 1991 bei 310 Drogentoten.

Straßenkriminalität

Im Bereich der Straßenkriminalität hat sich der abnehmende Trend weiter fortgesetzt. Die Delikte, die sich auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen ereignet haben, sind um 4.677 (- 5,3 %) auf 83.005 zurückgegangen. Insbesondere Rückgänge in den Bereichen Diebstahl in/aus Kfz, Diebstahl an Kfz, Diebstahl von motorisierten Zweirädern, Diebstahl

von/aus Automaten, Sachbeschädigung an Kfz und sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen haben hierzu beigetragen. Seit dem Höchststand 1992 mit 187.245 Fällen ist ein Rückgang von 55,7 % eingetreten.

Gewaltkriminalität

Fälle von Gewaltkriminalität haben 2009 geringfügig um 93 (- 0,6 %) auf 14.470 Fälle abgenommen. Einen erheblichen Anteil von 94,9 % der in dieser Zusammenfassung von bereits bei den einzelnen Straftatengruppen gezählten Delikte haben Raub und gefährliche und schwere Körperverletzung. Entsprechend hat sich die Fallentwicklung dieser beiden Deliktsbereiche maßgeblich auf die aktuelle Fallzahl ausgewirkt. Außerdem zählen Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung, Mord, Totschlag und bestimmte Straftaten gegen die persönliche Freiheit zur Gewaltkriminalität.

Politisch motivierte Kriminalität

Die vorliegenden Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden auf der Basis des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - PMK mit Stand vom 31.Dezember 2009 erhoben. Aufgrund der noch bis zum Stichtag 31.01.2010 eingehenden Meldungen für das Jahr 2009 werden die Fallzahlen erfahrungsgemäß nochmals ansteigen.

Für den Bereich Politisch motivierter Kriminalität wurden für das Jahr 2009 bisher **1.508 Straftaten** in Hessen registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.500 Straftaten bedeutet dies eine minimale Zunahme um 8 Fälle (+ 0,5 %). In der Gesamtzahl sind **622 Propagandadelikte** (41,2 %) enthalten.

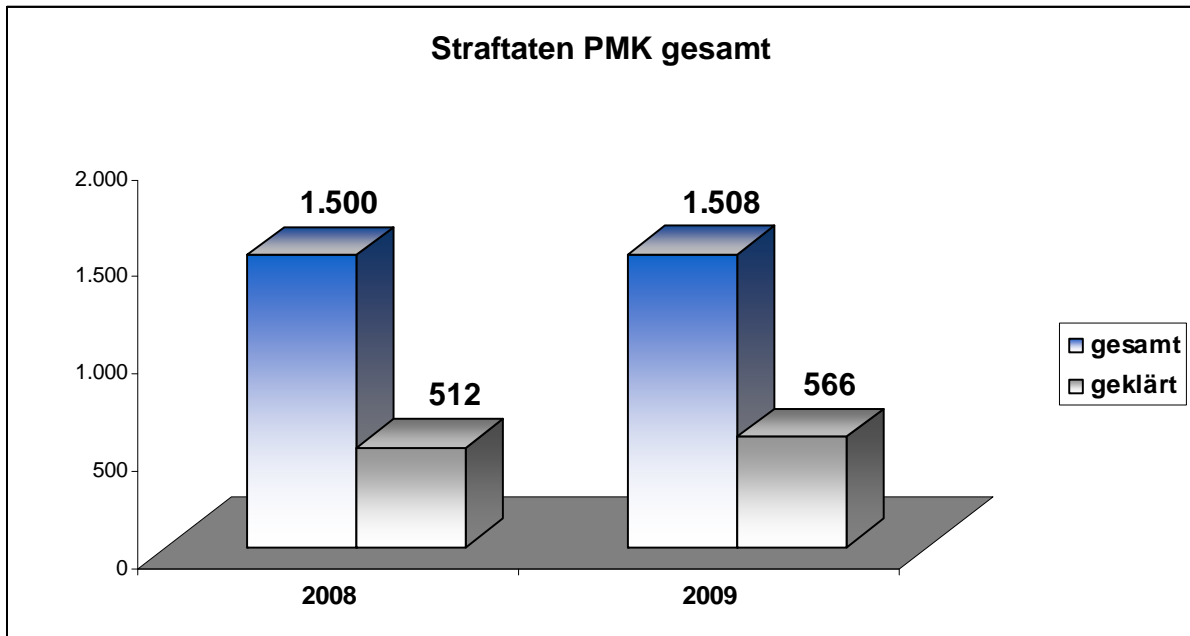
566 Straftaten (37,5 %) konnten bisher **geklärt** werden (2008: 512/ 34,1 %).

Die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre stellt sich wie folgt dar:

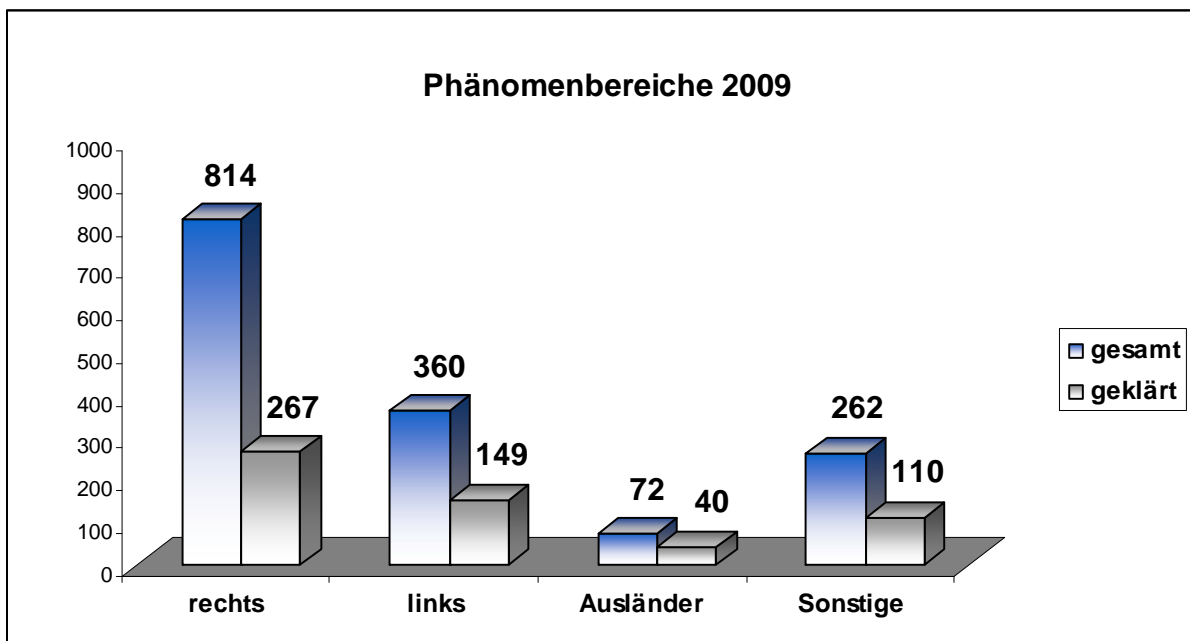
Tabelle 1: Fallentwicklung der PMK gesamt und in den Phänomenbereichen

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|-------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| PMK GESAMT | 1.009 | 1.368 | 1.405 | 1.500 | 1.508 |
| RECHTS | 702 | 825 | 865 | 853 | 814 |
| LINKS | 163 | 380 | 392 | 373 | 360 |
| AUSLÄNDER | 54 | 66 | 57 | 66 | 72 |
| SONSTIGE | 90 | 97 | 91 | 208 | 262 |

Grafik 4: PMK - Gesamtzahlen 2008 und 2009



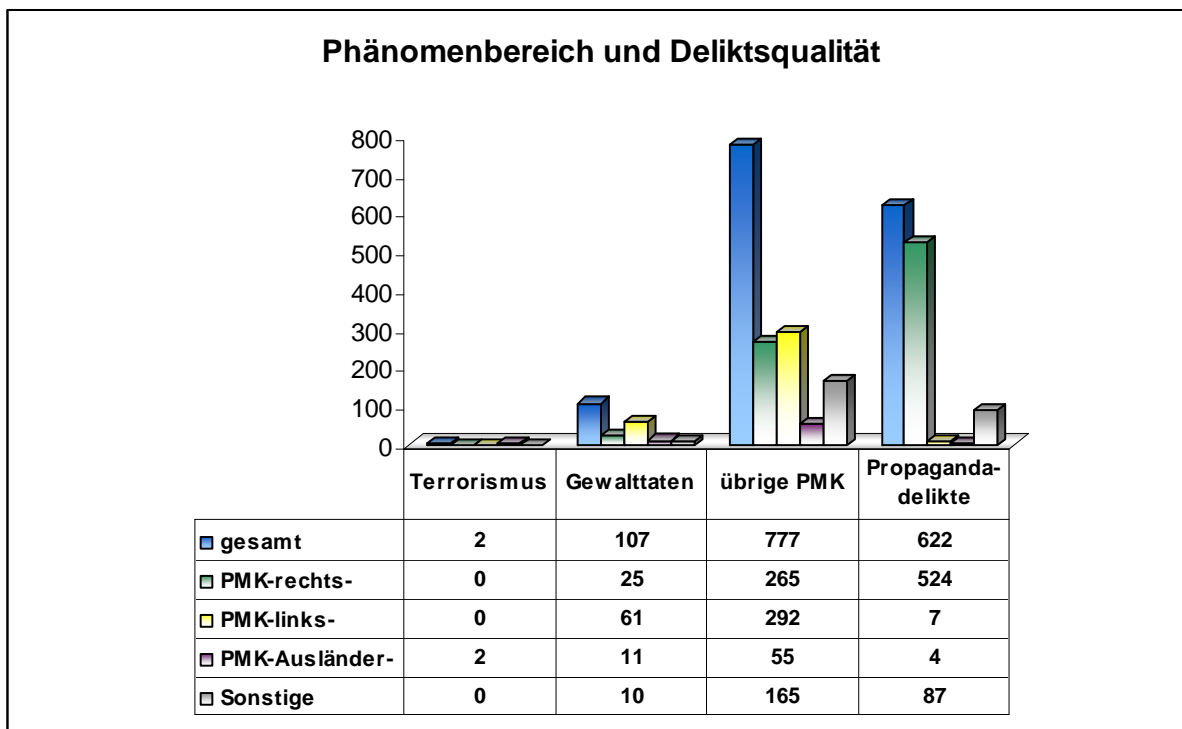
Grafik 5: Fallzahlen 2009 in den Phänomenbereichen



Von den bis zum 31.12.2009 gemeldeten 1.508 Straftaten wurden 360 dem Phänomenbereich -links-, 814 dem Phänomenbereich -rechts- und 72 dem Phänomenbereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität zugeordnet. Bei 262 Straftaten ist eine eindeutige Zuordnung zu einem Phänomenbereich nicht möglich (31,3 % dieser Fälle sind Propagandadelikte ohne explizite politische Motivation).

Gegenüber dem Jahr 2008 ist eine leichte Abnahme in den Bereichen der PMK -links- (-13 Fälle / - 3,5 %) und der PMK-rechts- (- 39 Fälle / - 4,6%) zu verzeichnen. Im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität stiegen die Fallzahlen geringfügig an (+ 6 Fälle / +9,1%).

Grafik 6: Phänomenbereiche und Deliktsqualität 2009



Von der Gesamtzahl der Delikte sind 107 (7,1 %) der **politisch motivierten Gewaltkriminalität** zuzuordnen.

Politisch motivierte Kriminalität - rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der PMK -rechts- bewegt sich mit 25 Fällen unter den Vorjahreszahlen (28 Fälle) und somit seit Jahren auf einem im Bundesvergleich sehr niedrigen Niveau. Körperverletzungen hatten dabei jeweils den größten Anteil.

In Hessen ist damit - entgegen dem prognostizierten Bundestrend - erneut ein Rückgang der politisch motivierten Gewaltdelikte zu verzeichnen.

Dennoch ist bei Angehörigen der rechten Szene hinsichtlich der Anwendung körperlicher Gewalt sowohl bei demonstrativen Aktionen als auch beim sog. „Kampf gegen den politischen Gegner“ deutlich ein Absinken der Hemmschwelle festzustellen. Dabei fallen auch die von hoher Gewaltbereitschaft geprägten Taten einzelner Rechtsextremisten auf. Beispielhaft dafür ist der gewalttätige und zu schweren Verletzungen führende Angriff einer den „Freien Kräften Schwalm-Eder (FK-SE)“ zuzurechnenden Person auf einen Polizeibeamten bei einer Festnahme im November 2009.

Der Personenkreis „FK-SE“ hatte bereits im Vorjahr durch ihm zuzurechnende Straf-/Gewalttaten im Schwalm-Eder-Kreis Relevanz entfaltet. Infolge entsprechend deutlicher sicherheitsbehördlicher Intervention war es zunächst gelungen, bis Ende 2008 einen sichtbaren Straftaten- und Aktivitätsrückgang dieser Klientel zu bewirken.

Im Jahresverlauf 2009 kam es jedoch wieder zu einer zunehmenden Häufung von Ereignissen und teilweise erheblichen Straf-/Gewalttaten. Aufgrund dieser Entwicklung wurden ab November 2009 die von der seit Ende November 2008 bei der Polizeidirektion Schwalm-Eder bestehenden Besonderen Aufbauorganisation (BAO) „Mitte“ erfolgten Bekämpfungsmaßnahmen nochmals deutlich intensiviert. Es kommt seitdem mit Unterstützung der Hessi-

schen Bereitschaftspolizei ein präventiv wie repressiv orientiertes Maßnahmenpaket zur Anwendung, das u.a. den Kontroll- und Ermittlungsdruck auf die relevanten Personkreise entscheidend erhöht und neuerliche Auseinandersetzungen vor allem im Kontext öffentlicher Veranstaltungen nachhaltig unterbunden hat. Die Maßnahmen tragen generell wesentlich zur Minimierung rechtsextremistischer Aktivitäten dieses regionalen Bereiches bei.

Hinsichtlich rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen, bei deren Durchführung auch mit einschlägigem strafrechtlich relevantem Verhalten zu rechnen ist, konnte eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des Vorjahres erreicht werden. Zwar waren in Hessen im Jahr 2009 mehrfach deutliche szeneseitige Bemühungen zur Veranstaltung von rechtsextremistischen Konzerten zu erkennen, jedoch führten diese Bemühungen infolge eines kontinuierlichen sicherheitsbehördlichen Informationsaustausches und konsequenter polizeilicher Intervention weitestgehend nicht zum Erfolg. Nachdem 2008 kein im Vorfeld bekannt gewordenes Konzert erfolgreich durchgeführt werden konnte, ist für 2009 in Hessen lediglich die Durchführung einer Konzertveranstaltung zu bilanzieren. Strafrechtlich relevante Feststellungen wurden hierbei nicht getroffen.

Einen weiteren relevanten Faktor im Bereich der PMK - rechts stellen rechtsextremistische Vertriebe dar, die erfahrungsgemäß auch zur Verbreitung strafrechtlich relevanter Produkte wie Tonträger oder Bekleidungsstücke beitragen. Bedingt durch im Wesentlichen infolge polizeilicher Strafverfolgungsmaßnahmen veranlasste Geschäftsaufgaben bzw. -verlagerungen im Laufe des Jahres 2009 sind aktuell keine rechtsextremistischen Vertriebe in Hessen mehr zu konstatieren.

Zu dem in und für Hessen positiven Trend im Bereich der PMK-rechts dürften neben den abgestimmten Maßnahmen der Polizei und des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz auch die langjährigen Bemühungen des Aussteigerprogramms IKARus und des Beratungsnetzwerkes beigetragen haben.

Politisch motivierte Kriminalität - links

Die Anzahl der **Gewaltdelikte** im Bereich der PMK -links- liegt mit derzeit 61 Meldungen (+ 5,2 %) leicht über dem Gesamtjahresniveau von 2008 (58 Gewaltdelikte). Der Hauptteil der Gewalttaten richtete sich dabei mit ca. 47 % gegen Sicherheitsbehörden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Themenfeld „Rechts-Links-Auseinandersetzungen“ mit ca. 21 %.

Damit liegt Hessen erheblich unter dem vom BKA prognostizierten Bundestrend (Zunahme der Gewaltdelikte PMK -links- um ca. 51 %). Auch bezüglich der Gesamtzahlen PMK -links- lässt sich für Hessen (Rückgang um 3,5 %) der prognostizierte Bundestrend (Zunahme um ca. 41 %) nicht widerspiegeln. Aufgrund einer sehr gewissenhaften Zuordnungspraxis in Hessen fließen Fälle der PMK nicht vorschnell in einen bestimmten Phänomenbereich ein. So dürften u.a. unterschiedliche Erfassungskriterien für Straftaten im Rahmen der Bildungstreiks und der in diesem Zusammenhang durchgeführten Studentenproteste Ursache für die unterschiedlichen Entwicklungen sein. Diese schlagen sich im Themenfeld "Sozialpolitik / Bildungspolitik" in Hessen lediglich bzw. erst bei einer konkreten linksextremistischen Einflussnahme oder entsprechenden Erkenntnissen zu Personen bzw. Organisationen in den aktuellen Fallzahlen der PMK -links- nieder. Im Übrigen werden sie hier als "nicht zuzuordnen" erfasst.

Festzustellen ist seit Ende 2008 allerdings auch in Hessen eine insgesamt steigende Gewaltbereitschaft in Zusammenhang mit einer bundesweiten Antirepressionskampagne. Dies äußerte sich insbesondere durch eine steigende Anzahl zum Teil gezielter Sachbeschädigungen gegen polizeiliche Einrichtungen/Fahrzeuge bis hin zu vorbereiteten Angriffen gegen

eingesetzte Polizeikräfte. Den Hauptanteil bilden hierbei Angriffe im Rahmen demonstrativer Veranstaltungen.

Die gewalttätigen Konfrontationen im Bereich „Links-Rechts“ resultieren maßgeblich aus Gegenveranstaltungen der linksextremistischen Szene zu genehmigten Aufzügen und Versammlungen des rechten politischen Spektrums, wobei sich im Jahr 2009 gewalttätige Übergriffe auch ohne einen direkten demonstrativen Bezug als „neue Strategie“ der Linksextremisten darstellten.

Ab dem 15.12.2009 kam es in den Bereichen des PP Frankfurt am Main und des PP Mittelhessen zu mehreren Brandstiftungen an Pkw. Die Taten lassen sich weder hinsichtlich der Tatbegehungsweise noch in Bezug auf die ausgewählten Objekte ausschließlich einer Täterschaft/Serie zuordnen. Hinterlassene Schriftzüge und z.T. eingegangene Selbstbezeichnungsschreiben bewegen sich u.a. in den Themenfeldern Antirepression, Bildungspolitik, Klimagipfel, Bahnpreiserhöhung, Antikapitalismus, Kommunismus und Anarchie. Insofern ist eine Tatbegehung durch linke Klientel anzunehmen, die Verursachung einzelner Taten durch „Trittbrettfahrer“ ohne explizite politische Motivation kann derzeit jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Entsprechende polizeiliche Maßnahmen werden unverzüglich eingeleitet, um den Entwicklungen in anderen Bundesländern konsequent entgegen zu wirken.

Politisch motivierte Kriminalität - Ausländer

Die Anzahl der **Gewaltdelikte** im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität liegt mit derzeit 11 Meldungen leicht unter dem Gesamtjahresniveau von 2008 (13 Gewaltdelikte). 5 dieser Gewaltdelikte wurden im Rahmen hiesiger demonstrativer Aktionen in Zusammenhang mit dem sog. „Vernichtungskrieg“ des Militärs gegen die LTTE in Sri Lanka zu Beginn des Jahres 2009 begangen.

Beherrschendes Thema für den Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität war jedoch die unvermindert anhaltende weltweite Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Besondere Bedeutung für die Bundesrepublik erhielt das im Vorfeld der Bundestagswahlen im September 2009 durch eine Medienoffensive der „Al Qaida“ und ihr nahestehender terroristischer Organisationen in Form von gegen die Bundesrepublik gerichteten „Drohvideos“.

Im Zusammenhang mit den durch die sog. „Sauerland-Gruppe“ geplanten Sprengstoffanschlägen in Deutschland wurde vom 26.06.2009 bis zum 06.10.2009 der Prozess gegen zwei Beteiligte am Oberlandesgericht Frankfurt am Main geführt. Die beiden aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen stammenden Personen wurden u.a. wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland („Islamische Jihad Union/IJU“) zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Im Jahr 2009 sahen sich auch die hessischen Sicherheitsbehörden mit dem neuen Phänomen „ausreisewilliger Jihadisten“ konfrontiert. Bundesweit versuchten vermehrt Personen des islamistischen Spektrums in terroristische Ausbildungslager im Ausland zu gelangen, um sich am bewaffneten Jihad zu beteiligen. In Hessen wurde in diesem Zusammenhang im Jahr 2009 bei 5 Personen die Ausreise durch passentziehende bzw. ausreisebeschränkende Maßnahmen verhindert.

Als „Gefährder“ und „Relevante Personen“ eingestufte Islamisten sowie weitere dem islamistischen Spektrum zuzurechnende Personen werden in Hessen weiterhin im Sinne des Konzeptes „Früherkennung und Bekämpfung islamistischer Strukturen“ konsequent mit zwischen den beteiligten (Sicherheits-)Behörden eng abgestimmten präventiven und repressiven Maßnahmen belegt.

Tatverdächtige

Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Tatverdächtigen der Gesamtkriminalität hat insgesamt von 153.774 im Jahr 2008 auf 153.097 abgenommen, das ist ein Rückgang um 677 (- 0,4 %). Die Tatverdächtigenbelastungszahl (Zahl der Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner) hat demzufolge von 2.532 auf 2.524 abgenommen.

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat von 31,4% auf 31,9 % geringfügig zugenommen. Langfristig sind die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger rückläufig. Der höchste Wert wurde im Jahr 1993 mit einem Anteil von 42,6 % erreicht. Ursächlich für diesen langfristig rückläufigen Trend ist zum einen die Tatsache, dass der Zustrom von nichtdeutschen Personen (u.a. Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge) in den letzten Jahren abgenommen hat, aber auch die größere Zahl von ehemaligen Ausländern, die sich auf Grund des veränderten Ausländerrechts als Deutsche einbürgern lassen. Durch das veränderte Staatsbürgerrecht und die modifizierten Regelungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft wird der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen voraussichtlich auch in Zukunft abnehmen.

Der Anteil der Kinder (Alter: 0 bis unter 14 Jahre) an allen Tatverdächtigen beträgt 3,4 % (Vorjahr 3,7 %). Jugendliche (Alter: 14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsende (Alter: 18 bis unter 21 Jahre) sind mit 10,4 % (Vorjahr 10,6 %) und 9,4 % (Vorjahr 9,2 %) als Tatverdächtige erfasst. Insbesondere in den Bereichen Diebstahl, Gewaltkriminalität und Sachbeschädigung weisen diese Altersgruppen überdurchschnittliche Anteile auf.

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger beträgt 25,2 % (Vorjahr 25,0 %). Langfristig steigt dieser Anteil, der 1997 noch bei 23,1 % lag.

123.033 (= 80,3 %) der ermittelten Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt ihren Wohnsitz in Hessen. Die übrigen in Hessen registrierten Tatverdächtigen kamen aus anderen Bundesländern, dem Ausland oder hatten keinen festen Wohnsitz.

57,8 % der Tatverdächtigen begehen ihre Straftaten in der Wohnortgemeinde.

Die Straftaten von ermittelten Tatverdächtigen zwischen **8 und unter 21 Jahren** werden polizeilich unter dem Begriff **Jugendkriminalität** subsumiert. Zu den jugendspezifischen Delikten zählen insbesondere Diebstahlsdelikte (vor allem Ladendiebstähle, Fahrrad- und Kraftrad-diebstähle), Sachbeschädigungen, Raubdelikte, Körperverletzungsdelikte und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Die Zahl der tatverdächtigen Kinder (Alter: 8 bis unter 14 Jahren) hat sich 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 378 auf 5.022 (- 7,0 %) reduziert. Bei den Jugendlichen (Alter: 14 bis unter 18 Jahren) sank der Wert der Tatverdächtigen im gleichen Zeitraum um 398 auf 15.857 (- 2,4 %). Die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden (Alter: 18 bis unter 21 Jahren) ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 377 auf 14.453 (+ 2,7 %) gestiegen. Dies ist auch durch Änderungen der demografischen Zahlen bedingt. Während sich die Zahl der Kinder (8 bis unter 14 Jahre) und Jugendlichen gegenüber den Bezugsgrößen des Vorjahres um 2.645 bzw. 6.690 Einwohner verringerten, stieg die Zahl der Heranwachsenden um 2.926 Einwohner an.

Tabelle 2: Entwicklung der Anteile der Altersgruppen an den Tatverdächtigen gesamt

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|--------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Kinder (8<14J.) | 3,4 | 4,5 | 4,0 | 4,1 | 3,7 | 3,6 | 3,5 | 3,5 | 3,5 | 3,3 |
| Jugendliche (14<18 J.) | 10,1 | 10,8 | 10,7 | 10,7 | 10,8 | 10,8 | 10,5 | 10,7 | 10,6 | 10,4 |
| Heranwachsende (18<21J.) | 9,6 | 9,2 | 9,2 | 9,2 | 9,3 | 9,3 | 9,0 | 9,1 | 9,2 | 9,4 |

Es ergeben sich folgende Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ = Tatverdächtige auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils): Pro 100.000 Kinder (8 bis unter 14 Jahre) waren 2009 1.393 als Tatverdächtige registriert (Vorjahr: 1.487). Bei den Jugendlichen lag die TVBZ bei 6.303 (Vorjahr: 6.294) und bei den Heranwachsenden bei 7.051 (Vorjahr: 6.967).

Auch 2009 lagen die TVBZ nichtdeutscher Kinder, Jugendlicher und Heranwachsender deutlich über den Werten ihrer deutschen Altersgenossen. Differenziert man nach Deutschen und Nichtdeutschen, ergeben sich für die TVBZ folgende Werte:

Tabelle 3: TVBZ 2008/2009 unterteilt nach deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Straftaten gesamt

Straftaten gesamt - Tatverdächtigenbelastungszahlen - Deutsche Tatverdächtige

| | TV gesamt | Kinder (8<14 Jahre) | Jugendliche (14<18 Jahre) | Heranwachsende (18<21 Jahre) |
|------|-----------|------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| 2008 | 1.956 | 1.322 | 5.396 | 5.762 |
| 2009 | 1.935 | 1.241 | 5.464 | 5.843 |

Straftaten gesamt - Tatverdächtigenbelastungszahlen - Nichtdeutsche Tatverdächtige

| | TV gesamt | Kinder (8<14 Jahre) | Jugendliche (14<18 Jahre) | Heranwachsende (18<21 Jahre) |
|------|-----------|------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| 2008 | 7.080 | 2.586 | 12.778 | 14.862 |
| 2009 | 7.237 | 2.490 | 12.431 | 15.340 |

Insgesamt ist jeder knapp vierte ermittelte Tatverdächtige in Hessen unter 21 Jahren (Anteil Tatverdächtiger zwischen 8 und unter 21 Jahren an allen Tatverdächtigen 2009: 23,1 %). Deutlich überrepräsentiert sind diese Tatverdächtigen bei Raubdelikten und gefährlichen/schweren Körperverletzungen.

So betrug der **Anteil von Tatverdächtigen zwischen 8 und unter 21 Jahren an Raubdelikten** im vergangenen Jahr 52,4 %. Bei Raubüberfällen auf Tankstellen waren es 46,6 %, beim Handtaschenraub 64,8 % und bei sonstigen Raubüberfällen auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen sogar 69,6 %.

Bei **Körperverletzungen** betrug der **Anteil von Tatverdächtigen zwischen 8 und unter 21 Jahren** an den Tatverdächtigen insgesamt 28,0 %. Bei der schweren und gefährlichen Körperverletzung liegt der Wert 2009 dagegen bei 41,1 %.

Die Gesamtzahl der wegen **Gewaltkriminalität** (umfasst im Wesentlichen Delikte wie Raub und gefährliche und schwere Körperverletzung) tatverdächtigen Kinder (8 bis unter 14 Jahre), Jugendlichen und Heranwachsenden ist in Hessen insgesamt um 8,3 % von 6.496 (2008) auf 5.955 (2009) gesunken. Bezogen auf alle Tatverdächtigen unter 21 Jahre hat der Rückgang 8,2 % betragen (-531 auf 5.974 TV).

Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) bei der Gewaltkriminalität ist bei den Kindern insgesamt (8 bis unter 14 Jahre/deutsche und nichtdeutsche TV) in Hessen von 217 (2008) auf 204 (2009) gefallen. Bei Jugendlichen ist sie im Vergleichszeitraum von 1.263 auf 1.137 gesunken. Bei Heranwachsenden ist die TVBZ von 1.210 (2008) auf 1.151 (2009) gesunken.

Auch bei der Gewaltkriminalität zeigen sich Unterschiede in Abhängigkeit von der Staatsangehörigkeit.

Tabelle 4: TVBZ 2008/2009 unterteilt nach deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten

Gewalkriminalität - Tatverdächtigenbelastungszahlen - Deutsche Tatverdächtige

| | TV gesamt | Kinder (8<14 Jahre) | Jugendliche (14<18 Jahre) | Heranwachsende (18<21 Jahre) |
|------|-----------|------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| 2008 | 187 | 175 | 991 | 993 |
| 2009 | 182 | 165 | 928 | 954 |

Straftaten gesamt - Tatverdächtigenbelastungszahlen - Nichtdeutsche Tatverdächtige

| | TV gesamt | Kinder (8<14 Jahre) | Jugendliche (14<18 Jahre) | Heranwachsende (18<21 Jahre) |
|------|-----------|------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| 2008 | 710 | 499 | 3.230 | 2.631 |
| 2009 | 680 | 481 | 2.662 | 2.504 |

Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)

Durch die Organisationseinheiten der Hessischen Polizei zur Bekämpfung der Mehrfach- und Intensivtäter erfolgte auch 2009 eine konsequente Verfolgung und Bearbeitung von Straftaten, die durch diese Tätergruppe begangen werden.

Die Organisationseinheiten MIT befassten sich im Betrachtungszeitraum 2009 mit 1.480 registrierten MIT (Stand 50. KW).

1.147 DNA-Behandlungen sind nach wie vor ein Beleg für die erfolgreiche MIT-Bekämpfung und dürften mitverantwortlich für die hohe Zahl der nachgewiesenen Straftaten sein. Zurzeit befinden sich 395 MIT in Haft.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die strategische Bekämpfung dieser vergleichsweise geringen Zahl besonders aktiver Straftäter, die für eine Vielzahl von Straftaten verantwortlich sind, auch 2009 erfolgreich fortgesetzt wurde und sich als fester Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung etabliert hat sowie im Jahr 2010 durch die landesweite Einführung von „BASU21“ (Besonders Auffällige Straftäter Unter 21) eine weitere Aufwertung erfährt.

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKFoSt) hat zwischen Herbst 2005 und Sommer 2009 ein Forschungsprojekt zum Thema "Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) in Hessen" durchgeführt. Die Ergebnisse sind in zwei Forschungsbänden zusammengestellt worden.

Sich aus der Studie ergebende Anknüpfungspunkte für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden sind bereits in die Weiterentwicklung der MIT- und der BASU21-Richtlinien eingeflossen. Sie wurden auch in die 2008 vom damaligen Justizminister Banzer berufene Expertenkommission zur Bekämpfung der Jugendkriminalität eingebracht.

Opfer

Opfer sind natürliche Personen, gegen die sich rechtswidrige Handlungen gerichtet haben. Opfer werden erfasst bei Straftaten gegen das Leben, Sexualdelikten, Raubdelikten, Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Es werden Geschlecht und Alter der Opfer sowie die Beziehung zum Tatverdächtigen nach den Kriterien Verwandtschaft, Bekanntschaft, Landsmann, flüchtige Vorbeziehung und keine Vorbeziehung berücksichtigt.

2009 wurden 53.418 Opfer registriert (2008 = 53.058). Hiervon waren 3.996 (7,5 %) Kinder, 5.615 (10,5 %) Jugendliche und 5.823 (10,9 %) Heranwachsende. Der Anteil weiblicher Opfer betrug 43,6 %. Nach 2008 ist auch 2009 die Zahl der Opfer gestiegen. Bezüglich der Altersgruppen machen sich wie bei den Tatverdächtigen auch hier die demografischen Veränderungen bemerkbar.

Grund für die Zunahme der Opferzahlen sind Fallzunahmen in den Bereichen Raub/räuberische Erpressung, gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen sowie bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit, hier speziell Bedrohung, die fast zwangsläufig ein Mehr an Opfern mit sich bringen.

Tabelle 5: Entwicklung der Gesamtzahlen der Opfer

| Jahr | Opfer gesamt | Zu-/Abnahmen | |
|------|-----------------|--------------|------|
| | | abs. | in % |
| 2000 | 44.713 | 2.607 | 6,2 |
| 2001 | 45.660 | 947 | 2,1 |
| 2002 | 47.288 | 1.628 | 3,6 |
| 2003 | 52.404 | 5.116 | 10,8 |
| 2004 | 55.313 | 2.909 | 5,6 |
| 2005 | 54.302 | -1.011 | -1,8 |
| 2006 | 52.577 | -1.725 | -3,2 |
| 2007 | 52.141 | -436 | -0,8 |
| 2008 | 53.058 | 917 | 1,8 |
| 2009 | 53.418 | 360 | 0,7 |

Bezogen auf die verschiedenen Altersgruppen und differenziert nach den verschiedenen Deliktsgruppen ergeben sich unterschiedliche Opferbelastungszahlen (Opfer auf 100.000 der Wohnbevölkerung):

Tabelle 6: Opferbelastung in den Altersgruppen bei verschiedenen Deliktsbereichen

| Altersgruppe | gesamt | 0<6J. | 6<14J. | 14<18J. | 18<21J. | 21<60J. | 60J.< |
|--------------------------------|-----------|---------|---------|---------|---------|-----------|-----------|
| Einwohner (31.12.2008) | 6.064.953 | 316.897 | 471.158 | 251.564 | 204.967 | 3.293.814 | 1.526.553 |
| Opfer gesamt | 53.418 | 529 | 3.467 | 5.615 | 5.823 | 34.841 | 3.143 |
| <i>Belastungszahl</i> | 881 | 167 | 736 | 2.232 | 2.841 | 1.058 | 206 |
| Straftaten gegen das Leben | 350 | 13 | 3 | 13 | 35 | 216 | 70 |
| <i>Belastungszahl</i> | 6 | 4 | 1 | 5 | 17 | 7 | 5 |
| ST gg. sex. Selbstbestimmung | 2.695 | 121 | 869 | 454 | 228 | 969 | 54 |
| <i>Belastungszahl</i> | 44 | 38 | 184 | 180 | 111 | 29 | 4 |
| - Raub/räub.Erpress./räub. Ang | 4.343 | 2 | 228 | 588 | 488 | 2.592 | 445 |
| <i>Belastungszahl</i> | 72 | 1 | 48 | 234 | 238 | 79 | 29 |
| - Körperverletzung | 32.988 | 293 | 1.920 | 3.796 | 4.090 | 21.319 | 1.570 |
| <i>Belastungszahl</i> | 544 | 92 | 408 | 1.509 | 1.995 | 647 | 103 |
| ST gg. die persönl. Freiheit | 13.006 | 100 | 441 | 762 | 981 | 9.721 | 1.001 |
| <i>Belastungszahl</i> | 214 | 32 | 94 | 303 | 479 | 295 | 66 |
| Gewaltkriminalität | 16.958 | 55 | 875 | 2.294 | 2.377 | 10.441 | 916 |
| <i>Belastungszahl</i> | 280 | 17 | 186 | 912 | 1.160 | 317 | 60 |

Gegenüber dem Vorjahr ist die Belastungszahl insgesamt von 874 auf 881 angestiegen. Die Ursache sind hauptsächlich die oben dargestellten Fallzunahmen.

Bemerkenswert ist, dass die Gruppe der über 60-jährigen nach den Kindern bis unter 6 Jahren am wenigsten Gefahr läuft, Opfer einer Straftat zu werden. Die höchsten Belastungen haben Jugendliche und Heranwachsende. Extrem hohe Werte sind für diese Altersgruppen bei Körperverletzungen und der Gewaltdelinquenz zu registrieren. Hier bestehen durchaus Beziehungen zu den Tatverdächtigenbelastungszahlen, die in diesen Bereichen ebenfalls hohe Zahlen aufweisen.

Schäden

In der Polizeilichen Kriminalstatistik wird bei vollendeten Eigentums- und Vermögensdelikten der Verkehrswert des rechtswidrig erlangten Gutes erfasst. Im Jahr 2009 wurden Schäden in Höhe von ca. 381 Millionen Euro (Vorjahr ca. 490 Millionen Euro) registriert. Deliktsspezifisch sind die Schäden sehr unterschiedlich. Bei Leistungerschleichungen beträgt der durchschnittliche Schaden pro Fall 11 Euro, beim Wohnungseinbruchdiebstahl 4.196 Euro, beim Diebstahl von Kraftwagen 11.795 Euro, bei Fällen der Wirtschaftskriminalität 59.318 Euro und bei Betrug im Zusammenhang mit Kapitalanlagen 45.405 Euro.

Zur Erinnerung: Fälle der Wirtschaftskriminalität haben an der Gesamtdelinquenz einen Anteil von 0,5 % (2.118 Fälle von insgesamt 407.022 Delikten). Der Anteil an den Schäden beträgt dagegen 26,7 % (ca. 102 Millionen Euro Schaden bei einem Gesamtschaden von ca. 381 Millionen Euro).

Regionale Entwicklung

In den einzelnen **Dienstbereichen** verlief die Entwicklung überwiegend einheitlich. Während mit nur einer Ausnahme in allen Bereichen auf Ebene der Polizeipräsidien eine Zunahme der Aufklärungsquote zu verzeichnen ist, sind rückläufige Fallzahlen in 5 von 7 Präsidien festzustellen. Über Ursachen und Hintergründe werden die Präsidien zu gegebener Zeit Stellung beziehen. Erfreulich ist die Entwicklung der Aufklärungsquote insbesondere für das PP Frankfurt, wo erstmals mehr als 60 % erreicht wurden.

Tabelle 7: Kriminalitätsentwicklung regional in Hessen 2009 im Vergleich zum Vorjahr

| Tatortbereich | Fallaufkommen 2008 | | | Fallaufkommen 2009 | | | Zu-/Abnahme | |
|-----------------------------|--------------------|----------------|-------------|--------------------|----------------|-------------|---------------|-------------|
| | erfasst | geklärt | AQ in % | erfasst | geklärt | AQ in % | absolut | in % |
| PP Südhessen | 50.594 | 29.200 | 57,7 | 48.127 | 28.158 | 58,5 | -2.467 | -4,9 |
| PD Darmstadt-Dieburg | 24.128 | 13.853 | 57,4 | 22.912 | 13.227 | 57,7 | -1.216 | -5,0 |
| Stadt Darmstadt | 13.524 | 8.098 | 59,9 | 12.138 | 7.390 | 60,9 | -1.386 | -10,2 |
| Landkreis Darmstadt-Dieburg | 10.604 | 5.755 | 54,3 | 10.774 | 5.837 | 54,2 | 170 | 1,6 |
| PD Groß-Gerau | 11.526 | 6.559 | 56,9 | 11.345 | 6.911 | 60,9 | -181 | -1,6 |
| PD Bergstraße | 11.895 | 6.905 | 58,0 | 11.045 | 6.248 | 56,6 | -850 | -7,1 |
| PD Odenwald | 3.045 | 1.883 | 61,8 | 2.825 | 1.772 | 62,7 | -220 | -7,2 |
| PP Frankfurt | 105.288 | 62.753 | 59,6 | 109.100 | 65.976 | 60,5 | 3.812 | 3,6 |
| PP Südosthessen | 54.025 | 28.794 | 53,3 | 51.618 | 27.975 | 54,2 | -2.407 | -4,5 |
| PD Offenbach | 32.378 | 16.667 | 51,5 | 31.074 | 17.007 | 54,7 | -1.304 | -4,0 |
| Stadt Offenbach | 13.033 | 7.378 | 56,6 | 13.044 | 7.946 | 60,9 | 11 | 0,1 |
| Landkreis Offenbach | 19.345 | 9.289 | 48,0 | 18.030 | 9.061 | 50,3 | -1.315 | -6,8 |
| PD Main-Kinzig | 21.647 | 12.127 | 56,0 | 20.544 | 10.968 | 53,4 | -1.103 | -5,1 |
| PP Westhessen | 63.745 | 34.352 | 53,9 | 65.671 | 36.334 | 55,3 | 1.926 | 3,0 |
| PD Wiesbaden | 25.438 | 13.576 | 53,4 | 25.873 | 13.906 | 53,7 | 435 | 1,7 |
| PD Rheingau-Taunus | 6.594 | 3.343 | 50,7 | 6.272 | 3.460 | 55,2 | -322 | -4,9 |
| PD Main-Taunus | 10.922 | 5.962 | 54,6 | 12.399 | 6.943 | 56,0 | 1.477 | 13,5 |
| PD Hochtaunus | 10.952 | 5.795 | 52,9 | 11.550 | 6.218 | 53,8 | 598 | 5,5 |
| PD Limburg-Weilburg | 9.839 | 5.676 | 57,7 | 9.577 | 5.807 | 60,6 | -262 | -2,7 |
| PP Mittelhessen | 53.417 | 31.628 | 59,2 | 51.679 | 30.363 | 58,8 | -1.738 | -3,3 |
| PD Gießen (m. Stadt Gießen) | 16.025 | 9.654 | 60,2 | 15.175 | 9.077 | 59,8 | -850 | -5,3 |
| Stadt Gießen | 9.481 | 5.966 | 62,9 | 9.266 | 5.761 | 62,2 | -215 | -2,3 |
| PD Lahn-Dill | 11.373 | 7.161 | 63,0 | 10.862 | 6.602 | 60,8 | -511 | -4,5 |
| PD Marburg-Biedenkopf | 12.308 | 7.300 | 59,3 | 11.672 | 6.988 | 59,9 | -636 | -5,2 |
| PD Wetterau | 13.711 | 7.513 | 54,8 | 13.970 | 7.696 | 55,1 | 259 | 1,9 |
| PP Osthessen | 24.631 | 15.535 | 63,1 | 23.857 | 15.129 | 63,4 | -774 | -3,1 |
| PD Fulda | 12.640 | 7.961 | 63,0 | 12.616 | 8.230 | 65,2 | -24 | -0,2 |
| PD Hersfeld-Rotenburg | 7.000 | 4.363 | 62,3 | 6.550 | 4.102 | 62,6 | -450 | -6,4 |
| PD Vogelsberg | 4.991 | 3.211 | 64,3 | 4.691 | 2.797 | 59,6 | -300 | -6,0 |
| PP Nordhessen | 52.825 | 29.379 | 55,6 | 51.884 | 30.030 | 57,9 | -941 | -1,8 |
| PD Kassel | 31.911 | 16.924 | 53,0 | 30.828 | 17.125 | 55,6 | -1.083 | -3,4 |
| Stadt Kassel | 22.817 | 12.197 | 53,5 | 22.594 | 12.821 | 56,7 | -223 | -1,0 |
| Landkreis Kassel | 9.094 | 4.727 | 52,0 | 8.234 | 4.304 | 52,3 | -860 | -9,5 |
| PD Waldeck-Frankenberg | 7.505 | 4.274 | 56,9 | 7.176 | 4.176 | 58,2 | -329 | -4,4 |
| PD Schwalm-Eder | 7.869 | 4.798 | 61,0 | 8.021 | 5.072 | 63,2 | 152 | 1,9 |
| PD Werra-Meißner | 5.540 | 3.383 | 61,1 | 5.859 | 3.657 | 62,4 | 319 | 5,8 |
| HESSEN gesamt* | 407.357 | 232.507 | 57,1 | 407.022 | 235.133 | 57,8 | -335 | -0,1 |

* einschließlich Tatort unbekannt

Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen

Im Jahr 2009 wurden von den hessischen Polizeidienststellen insgesamt 128.083 Kontrollen im Rahmen der **Schleierfahndung** durchgeführt. Bei **Kontrollen im Regeldienst und während Sonderaktionen** wurden im Berichtszeitraum 232.602 Personen und 149.697 Fahrzeuge überprüft.

Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 6 HSOG (so genannte „Schleierfahndung“) haben zu einer **Aufhellung des Dunkelfeldes** und zu Erkenntnissen über Straftaten geführt, die der **Polizei sonst verborgen geblieben wären**. Die Schleierfahndung ist ein überaus erfolgreiches Mittel insbesondere gegen reisende Straftäter. Durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen wurde mit dieser Fahndungsform ein Ausgleich geschaffen, um Tätern, die über Landesgrenzen hinweg agieren, habhaft zu werden. Besonders in Hessen und speziell im Rhein-Main-Gebiet, das auf Grund seiner zentralen verkehrsgünstigen Lage für Straftäter attraktiv ist, hat diese Fahndungsmöglichkeit, wie die Erfolge zeigen, eine hohe Bedeutung.

Es wurden insgesamt 11.617 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die erstmals im Rahmen dieser Maßnahmen von der Polizei festgestellt worden sind, eingeleitet. Diese Verfahren betrafen 9.571 Tatverdächtige, davon 4.457 (46,6 %) Nichtdeutsche. In 8.534 Fällen erfolgten Sicherstellungen z.B. von Betäubungsmitteln, Diebesgut oder Schusswaffen sowie anderer strafrechtlich relevanter Gegenstände.

Seit Auswertung der verdachtsunabhängigen Kontrollen im Jahre 2001 wurden insgesamt 716.125 Kontrollen durchgeführt, bei denen 1.537.565 Personen und 930.516 Fahrzeuge kontrolliert wurden. 11.505 zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung ausgeschriebene Personen wurden festgestellt. Als Ergebnis der Kontrollen wurden 71.785 Straftaten mit 65.988 Tatverdächtigen festgestellt. Darüber hinaus darf die präventive Wirkung dieser Kontrollen nicht unterschätzt werden.

Zielfahndung ist die intensivste und kontinuierlichste Form der Fahndung nach Personen, die mit Haftbefehl zur Festnahme gesucht werden. Sie wird bei den Bundesländern und beim BKA in speziell hierfür eingerichteten Organisationseinheiten durchgeführt. In Hessen besteht diese Einheit zur Suche nach hochkarätigen Kriminellen beim Hessischen Landeskriminalamt.

Im Jahr 2009 stellte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem PP Frankfurt am Main in der Soko Wolf den Höhepunkt der Fahndungstätigkeit dar. Im Rahmen dieser Soko (nach begangener Entführung der Frau eines Bankmitarbeiters am 27.03.09 in Wiesbaden wurden 1,8 Mio. € erpresst) befassten sich neben Zielfahndern des HLKA auch Fahndungsbeamte des PP Westhessen und des PP Frankfurt am Main (unter enger Einbindung der Zielfahndung Hamburg) mit seiner Ergreifung. Das Instrument der Öffentlichkeitsfahndung (Tonkassette mit der Stimme des Beschuldigten, 25.000 Fahndungsplakate bundesweit, zwei Fahndungsaufrufe in der TV-Sendung ‚Aktenzeichen XY ungelöst‘, Radio- und Internetbeiträge) stand im Mittelpunkt des Fahndungskonzeptes. Im Ergebnis kam es daraufhin zu 750 Hinweisen aus der Bevölkerung.

Nach einem Hinweis aus Hamburg konzentrierten sich die Fahndungsmaßnahmen (zu diesem Zeitpunkt vorrangig verdeckt) auf das Stadtgebiet Hamburg. In einer engen Zusammenarbeit zwischen der Soko Wolf und der Zielfahndung Hamburg kam es am 28.05.09 zur Festnahme des gesuchten Thomas Wolf auf der Reeperbahn. In der Folge konnte nahezu die gesamte Beute sichergestellt werden.

DNA und Erkennungsdienst

Die gestiegenen Aufklärungsquoten sind u.a. auch das Ergebnis der modernen Kriminaltechnik und der DNA-Analyse. In einer Vielzahl spektakulärer Fälle konnten mittlerweile auch jahrzehntelang ungeklärte Tötungsdelikte geklärt werden. Aber auch im Bereich der Massenkriminalität können durch Vergleiche von DNA-Mustern Tatzusammenhänge und Serien aufgeklärt werden. Das hat positive Auswirkungen, auch auf die Aufklärungsquote. So konnten einzelnen Tätern eine Vielzahl von Delikten zugeordnet werden.

Auch im Jahr 2009 konnte die DNA-Analyse ihren Erfolgsweg fortsetzen. Einerseits konnten im Bereich der Massenkriminalität einzelnen Tätern eine Vielzahl von Delikten zugeordnet werden, andererseits gelang durch dieses Mittel der modernen Kriminaltechnik auch wieder die Klärung von jahrzehntelang ungeklärten spektakulären Kapitaldelikten.

Die Hessische DNA-Analyse-Datei hat zum 31.12.2009 einen Gesamtbestand von 74.836 Einträgen. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um 5.473 (+ 7,9 %). In dieser Datei sind 56.187 Tatverdächtige und 18.649 Spuren erfasst.

Auf Basis dieser Daten kam es im vergangenen Jahr zu insgesamt 1.713 Treffern. Das betrifft sowohl die Zusammenführung von Spuren (Erkennen von Serien), aber auch Hinweise auf Tatverdächtige.

Insgesamt konnten so für das Jahr 2009 zu

- 21 Tötungsdelikten
- 14 Sexualdelikten
- 125 Fällen von Raub und Erpressung und
- 1.287 Diebstahlsdelikten

Treffer erzielt werden.

Seit dem Jahr 2001 konnten 2.367 Spurentreffer und 9.518 Personentreffer erzielt werden. Hiermit liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer wieder auf einem der vorderen Plätze.

Im vergangenen Jahr wurden in Hessen 28.132 **ED-Behandlungen** durchgeführt.

In 4.046 **daktyloskopischen**, für AFIS geeigneten **Spurenvorgängen** (Vorjahr 3.480) waren 7.609 Fingerspuren und 1.373 Handflächen beinhaltet. Die Zahl der aus 1.055 Spurentreffern resultierenden Identifizierungen wurde gegenüber 2008 deutlich um 170 auf 594 in 2009 gesteigert.

Im Rahmen der Festnahme eines sich verbarrikadierten Täters von Sprengstoffexplosionen in Viernheim, wurde durch die Bediensteten der Abteilung Kriminalwissenschaft und -technik in aufwändiger Art und Weise entsprechende Sprengmittel des Täters entschärft und umfangreich Sprengstoffe sowie Waffen und Munition sichergestellt.

Auch im Jahr 2009 konnten durch das Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Institut (KTI) und hier insbesondere die DNA-Analytik mehrere ungeklärte Tötungsdelikte, sogenannte **Altfälle**, nachträglich geklärt werden. Beispielhaft die unten angeführten Fälle:

- Nach umfangreichen mikroskopischen und serologischen Untersuchungen seit Sommer 2005 an ca. 200 Hautabriebspuren werden am Opfer eines Gewaltverbrechens aus dem Jahr 1993 in der Nähe von Oberursel DNA-Merkmale einer unbekanntenen Per-

son nachgewiesen. Über von den Eltern des Tatverdächtigen angelieferte Vergleichsproben kann 2009 der zweifelsfreie Nachweis der Täterschaft geführt werden. Der Täter ist zwischenzeitlich in den USA verhaftet und nach Deutschland überstellt worden.

- Im Rahmen eines Tötungsdeliktes bei Bad Hersfeld im Jahr 1988 konnte trotz umfangreicher Spurensicherung zum damaligen Zeitpunkt kein Täter ermittelt werden. Nach jetzt in 2009 durchgeführten mehr als 500 Einzelanalysen konnten ein DNA-Profil in die DNA-Analyse-Datei eingestellt werden, welches einen Treffer ergab. Der wegen einschlägiger Gewaltdelikte vorbestrafte Täter wurde nach umfangreichen weiteren Ermittlungen im Sommer 2009 verhaftet.
- Aber auch im Zusammenhang mit verfahrensbegleitenden Untersuchungen konnte im September 2009 bei einem versuchten Tötungsdelikt in Frankfurt anhand einer Zigarettenskippe in weniger als 6 Stunden durch die Fachgruppe Biologie ein DNA-Befund erzeugt werden, der über einen Suchlauf in der DNA-Analyse-Datei zur Ermittlung der Täters innerhalb von 36 Stunden nach der Tat führte.

Prävention

Die bereits 2008 gestartete landesweite **Präventionsoffensive** umfasst als Grundgedanke, dass der Jugendgewalt und Kriminalität von Jugendlichen verstärkt entgegengetreten werden muss und hat somit als Hauptzielgruppe Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Vorrang hat hierbei die Prävention.

Im Rahmen des **Netzwerkes gegen Gewalt (NgG)** sind nun in allen Regionen Hessens Regionale Geschäftsstellen vorhanden, durch welche bestehende Präventionsprojekte vernetzt bzw. zusammengeführt werden.

Weitere Aktivitäten des Netzwerks gegen Gewalt sind:

- Präventionsatlas Hessen mit ca. 250 Präventionsprojekten
- Medienkompetenz für Erwachsene schaffen
- Informationsbroschüre „Gewalt im Namen der Ehre“ mit Hintergründen und Handlungsempfehlungen

Organisatorisch wurde das Netzwerk gegen Gewalt im Landespolizeipräsidium angesiedelt, das Hauptsachgebiet P 4-Prävention im HLKA in „Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention“ umbenannt und um die Bereiche Verkehrsprävention, Opferschutz und städtebauliche Kriminalprävention erweitert sowie alle Polizeipräsidien organisatorisch nun mit einem Stabsbereich Prävention ausgestattet.

Neu eingerichtet wurden zwei Organisationseinheiten zur Gewaltprävention und konsequenten Intervention bei „Besonders Auffälligen Straftätern Unter 21“ (BASU 21). Dieses Programm soll bis Jahresende flächen deckend umgesetzt sein.

Das Pilotprojekt „Migranten-Ansprechpartner“ ist beim PP Südosthessen auf der Ebene der Polizeireviere und –stationen sowie der Kriminalkommissariate eingerichtet. Kern sind polizeiliche Ansprechpartner mit Migrationshintergrund auf allen diesen Ebenen.

Letztlich werden durch den verstärkten und langfristigen Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten und die Einstellung von rund 150 neuen Wachpolizisten und –polizistinnen Polizeivollzugsbeamte in allen Polizeipräsidien von ihren bisherigen Aufgaben freigesetzt, von denen ein Großteil Aufgaben im Rahmen der Präventionsoffensive wahrnehmen.

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität wird im Jahr 2010 das erste hessische „Haus des Jugendrechts“ seine Arbeit in Wiesbaden aufnehmen.

Mit der weiteren Intensivierung der Präventionsarbeit soll schließlich eine dauerhafte Reduzierung der Jugenddelinquenz und damit einhergehend eine Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung erreicht werden.

In der Praxis bedeutet die Einrichtung des „Haus des Jugendrechts“, die Verlagerung der polizeilichen Sachbearbeitung weg vom Prinzip des Tatorts hin zur täterorientierten Ermittlungsarbeit. Hierbei kann die enge Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft zu einer beachtlichen Zeitersparnis führen.

Im Spätsommer 2010 soll auch in Frankfurt ein „Haus des Jugendrechts“ installiert werden.

Fazit und Ausblick

Gesunkene Fallzahlen und ein erneuter Rekordstand der Aufklärungsquote setzen den bereits seit mehreren Jahren positiven Trend fort. Insgesamt führten die polizeilichen Maßnahmen auch im vergangenen Jahr zu weniger Straftaten und mehr aufgeklärten Fällen.

Trotzdem wird die hessische Polizei auch 2010 ihre präventiven und repressiven Aktivitäten zu noch mehr Sicherheit weiter intensivieren. So im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahl, der entgegen der langjährigen Entwicklung 2009 einen Zuwachs verzeichnete. Auch wenn man hier mit Sicherheit noch nicht von einem Trend sprechen kann, ist ein frühzeitiges Entgegensteuern geboten, um einer Entwicklung in die falsche Richtung entgegen zu wirken. Dies geschieht sowohl auf repressiver Art durch Bekämpfungskonzepte, als auch durch Fortführung der erfolgreichen Präventionsarbeit, deren Wirkung an der zunehmenden Zahl gescheiterter Einbrüche, die nicht über das Versuchsstadium hinaus gelangen, deutlich wird.

Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Raubdelikte gelegt. Entgegen den vorangegangenen Jahren hat es auch hier erstmals wieder einen Anstieg gegeben. Abgesehen von dieser Zunahme ist jede einzelne Tat ein Erlebnis, das bei den Opfern psychische und nicht selten auch physische Spuren dauerhaft hinterlässt und angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung außerordentlich tangiert. Hier wird die hessische Polizei verstärkt repressiv gegen Banden und Einzeltäter vorgehen und durch Aufklärung und andere Maßnahmen im Bereich der Prävention dazu beitragen, dass Tatgelegenheiten weiter minimiert werden.

Der Fokus wird dabei nicht nur auf die Raubdelikte reduziert, sondern ist auf die gesamte Gewaltkriminalität gerichtet. Auch für das vergangene Jahr konnte wieder ein Rückgang verzeichnet werden. Jedoch haben Körperverletzungsdelikte leicht zugenommen. Gewaltbereitschaft aufgrund individueller und sozialer Faktoren macht deutlich, dass eine rein repressive Herangehensweise dieses gesellschaftliche Problem nicht löst. Daher geht die hessische Polizei durch ihre mannigfaltigen Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention ihren erfolgreichen Weg weiter, so durch das Netzwerk gegen Gewalt und andere Formen der Kooperation mit anderen Institutionen. Nicht zuletzt durch die Präventionsoffensive, deren Umsetzung im vergangenen Jahr erfolgte, dürften im Jahr 2010 bereits erste positive Auswirkungen festzustellen sein.

Diese Aktivitäten umfassen auch eine wichtige Gruppe unserer Gesellschaft, die Kinder und Jugendlichen. Frühzeitige Intervention, um eine kriminelle Karriere zu beenden oder gar nicht erst beginnen zu lassen, vermeidet viele Straftaten und volkswirtschaftlichen Schaden. Auch hier wird mit ganzheitlichen Ansätzen gearbeitet, so den „Häusern des Jugendrechts“

oder Konzepten wie „BASU21“, die 2009 begonnen wurden und bereits Erfolge aufweisen konnten.

Bereits seit Jahren im Blickpunkt ist die Internetkriminalität mit einer stetigen Zunahme der Fallzahlen. Neben der verstärkten Sensibilität der Anwender für die Gefahren und damit verbundenen Anzeigenbereitschaft ist eine weitere Ursache die zunehmende Nutzung von Informationstechnologie in unserer Gesellschaft. Angesichts der weiter ansteigenden Verbreitung von Computern und Internetzugängen ist ein Fortgang der Entwicklung zu erwarten. Hier hat die hessische Polizei mit der Einrichtung von Internetkommissariaten, der Task Force Internet und weiteren Maßnahmen frühzeitig geantwortet. Aber auch präventiv wird zur Stärkung der Medienkompetenz (siehe www.medienkompetenz-hessen.de) viel investiert.

Insgesamt zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik 2009, dass die hessische Polizei mit ihren Konzepten zur Bekämpfung der Kriminalität, sowohl repressiv als auch präventiv, auf einem erfolgreichen Wege ist.